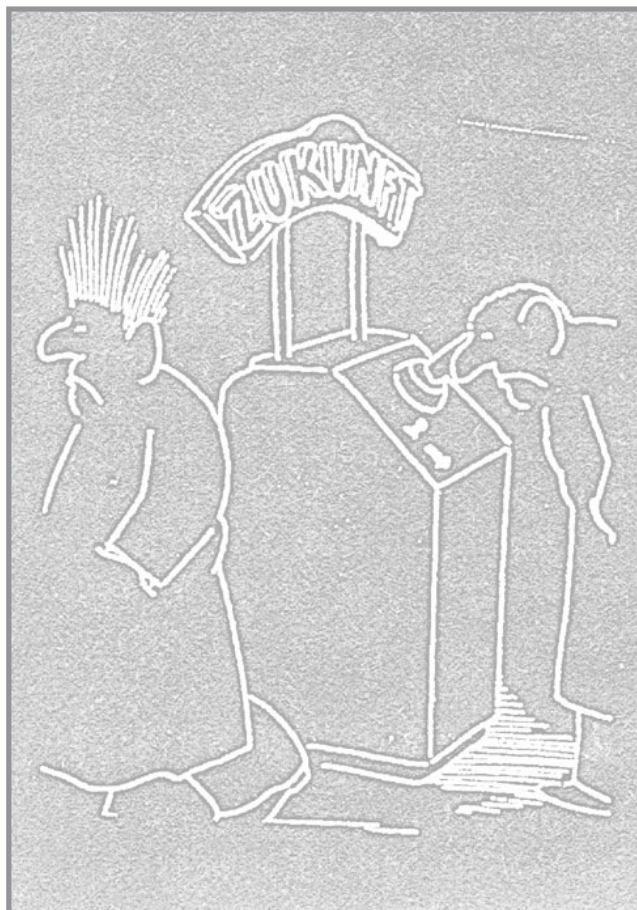


Politische Berichte

PROLETARIAT ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIAT ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!



Seite 3: Wahlen: ein böses Ergebnis

Seite 7: Türkei: vor den Wahlen

Seite 12: Umkämpfte Schule

Seite 16: Gruppenarbeit auf dem Rückzug?

Seite 18: Pflege: Reform dringend



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHNMÄLIG

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider, GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de ... und Ost Achim Wahl, GNN-Verlag, Postfach 21012, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Hardy Vollmer, GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zulpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,30 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 23,40 (Förderabo 36,40), ein Jahresabonnement kostet 46,80 (Förderabo 72,80). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 41,60, Sozialabo: 33,80. Ausland: +6,50 Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- ☐ 4 Ausgaben für 5 (beilegen) zum Kennenlernen
- ☐ Halb- o Jahresabo (23,40 / 46,80 je Einzelabo)
- ☐ Halb- o Jahres-Förderabo (36,40 / 72,80)
- ☐ Halb- o Jahres-Sozialabo (16,90 / 33,80)
- ☐ Halb- o Jahresabo neue Länder (20,80 / 41,60)
- ☐ Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

IN BERLIN

AKTUELL

SOZIALHILFE. Unmittelbar vor der Bundestagswahl hat der Deutsche Städte- und Gemeindebund dringend auf die Reform der Sozialhilfe gedrängt. Unangenehm ist der Tonfall und das Ausspielen verschiedener Gruppen, die auf kommunale Leistungen angewiesen sind. Wir zitieren nach der Pressemitteilung:

Der ungebremste Anstieg der Sozialhilfekosten in Deutschland auf inzwischen brutto 23,9 Mrd. Euro sei für die Städte und Gemeinden nicht länger verkraftbar, klagte der Deutsche Städte- und Gemeindebund. Im Vergleich zum Vorjahr seien die Kosten um knapp drei Prozent gestiegen. Nur Einschnitte in das Sozialsystem könnten die Lage noch retten, sagte das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Dr. Gerd Landsberg. Die Politik müsse aufhören, den Bürgern zu versprechen, mit immer weniger Steuern könnten immer bessere Leistungen erbracht werden, betonte er anlässlich der Veröffentlichung der Sozialhilfeausgaben für das Jahr 2001. „Die Sozialhilfe ist zum finanziellen und sozialen Sprengstoff geworden“, sagte Landsberg. Allein in den letzten 10 Jahren sind die kommunalen Sozialausgaben um rund 30 Prozent gestiegen. So wurden im vergangenen Jahr für die Hilfe zum Lebensunterhalt 8,5 Mrd. Euro ausgegeben, die Eingliederungshilfe für Behinderte stieg im gleichen Jahr um 5,4 Prozent auf 8,8 Mrd. Euro und überstieg damit erstmals die Ausgaben für die Hilfe zum Lebensunterhalt. Gerade die Kosten der Eingliederungshilfe werden nach Prognosen in den kommenden Jahren dramatisch anwachsen. Angesichts dieser „erdrückenden Lasten“ fehlten den Kommunen nicht nur die dringend notwendigen Mittel für Investitionen, sondern in den Städten entstehe ein unkalkulierbarer sozialer Sprengsatz. Die dramatische Finanzlage führe dazu, dass die Städte und Gemeinden keine freiwilligen Aufgaben mehr durchführen können. Der Ausbau der Kinderbetreuung sei solange illusorisch, wie die kommunalen Finanzen nicht wieder in Ordnung gebracht sind, so Landsberg. Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund ist es unabdingbar, die Kommunen von den gesamtgesellschaftlich und gesamtstaatlichen zu verantwortenden Aufgaben im Bundessozialhilfegesetz zu entlasten. Dazu zählt neben der Reform der Gemeindefinanzen die grundlegende Neugestaltung des Sozialhilferechts.

NAZIS. Zur Antwort der Bundesregierung auf die PDS-Anfrage zu rechtsextremistischen Straftaten im August erklärt die innenpolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Ulla Jelpke: 353 rechtsextremistische Straftaten wurden im August registriert. Die Gesamtzahl rechter Straftaten in diesem Jahr steigt damit auf über 2.600 Straftaten an. Jeden Tag finden damit in diesem Land durchschnittlich elf rechtsextre-

mistische Straftaten statt. Opfer sind wie in den Vorjahren meist MigrantInnen und Flüchtlinge. Erstmals in diesem Jahr verzeichnet die offizielle Statistik wieder ein Todesopfer. Im saarländischen Sulzbach wurde ein 19-jähriger Mann türkischer Herkunft am Rande eines Dorffestes von Skinheads erstochen. In der Wohnung des Haupttäters fand die Polizei später eine Hakenkreuzfahne. Die Skinhead-Gruppe, zu der der Täter gehörte, wurde nach Presseberichten vom Verfassungsschutz schon lange beobachtet. Die Mordtat wurde dadurch nicht verhindert. Die Behauptungen von Bundesinnenminister Schily und anderen über einen angeblichen Rückgang rechter Gewalt sind grob fahrlässig und unbegründet.

FDP-AUSTRITT. Hildegard Hamm-Brücher ist am Wahlsonntag aus der FDP ausgetreten. Sie begründet das in einem Brief an Westerwelle. Wir zitieren: „Sehr geehrter Herr Vorsitzender, nach mehrmonatiger Bedenkzeit erkläre ich heute, am 22. September, meinen Austritt aus der FDP. Diese Entscheidung habe ich bewusst vor dem Wahlausgang und ihren Ergebnissen, sowie unabhängig von der politischen Zukunft Ihres Stellvertreters (Jürgen Möllemann) getroffen. Meine Entscheidung, die mir sehr schwer gefallen ist, basiert auf der Einsicht, dass ich meine persönlichen und politischen Grundwerte in der heutigen FDP nicht mehr ausreichend vertreten kann und gewährleistet sehe. Aus dieser Entwicklung und insbesondere durch die andauernde rechtspopulistische, antiisraelische und tendenziell Antisemitismus schürende Agitation des stellv. Parteivorsitzenden ist eine wechselseitige Entfremdung zwischen der Partei und mir entstanden, die für mich unerträglich und irreparabel geworden ist, weil sie die Fundamente meiner Überzeugungen für mein politisches Engagement in Frage stellt. Nach dem Erleben und den Erfahrungen der Nazidiktatur wollte ich seit 1945 alles in meinen Kräften stehende dazu beitragen, dass in Deutschland nie wieder Rassen- und Fremdenhass direkt oder indirekt geschürt oder gar geduldet werden darf. (...) Sie haben zu lange geschwiegen und dem Möllemann-Kurs nicht rechtzeitig Paroli geboten. Für „last-minute“-Absetzbewegungen ist es nun zu spät. Langwierige Personalquerelen und Turbulenzen sind absehbar. Mein Resümee: Nach 54-jähriger Parteizugehörigkeit (darunter viele Jahre in führenden Parteiämtern) vermag ich in einer zur rechten Volkspartei à la Möllemann gestylten FDP keine Spuren eines Theodor Heuss, eines Thomas Dehlers und Karl Herrmann Flach, eines Ignaz Bubis und vieler anderer aufrechter Liberaler mehr zu entdecken. Damit habe ich meine politische Heimat verloren und muss von heute an, traurigen Herzens, zur Wechselwählerin werden. (gez. Hildegard Hamm-Brücher)“

Ein harter Wahlkampf – ein böses Ergebnis

Stoiber – Nein Danke

Trotz eines harten Wahlkampfes bleibt nach dem Wahlerfolg der Regierungskoalition unklar, welche Pläne die Regierung hat. Dies wäre im Falle eines Wahlsieges Stoibers anders gewesen. Unter führendem Einfluss der Union, über die FDP und die CSU durch viele Brücken mit der äußersten Rechten verbunden, hätte sich die deutsche Außenpolitik klar zu der imperialen Ordnungs- und Kriegsplanung der USA bekannt, erwartend, dass man ihr dafür bei der Reorganisation der deutschen Einflussphäre im Osten Europas freie Hand lasse. Sie hätte Gesetze geschärft und geschaffen, um die internationale Migration genauestens zu kontrollieren und zu steuern. Sie hätte im Inneren den Anspruch des Deutschtums als Leitkultur gesetzlich und durch eine in alle soziale Bereiche ausgreifende Regierungs- und Verwaltungsarbeit zur Geltung gebracht. In der Wirtschaftspolitik wäre sie der reinen Lehre gefolgt, die sagt, dass Arbeitskraft Käufer findet, sobald sie billig im Einkauf, willig beim Verbrauch und kostenlos bei der Entsorgung angeboten wird. Sie hätte die sozialen Sicherungssysteme zielstrebig zu immer mächtigeren Mitteln der sozialen Differenzierung ausgebaut und die Bildungseinrichtungen immer dichter gegen die Jugendlichen aus den Volksklassen abgeschottet. Bei alledem hätten Union und FDP Verbindungen zu den Vertriebenenverbänden, offenen Antisemiten und heimlichen Faschisten angemessen zu pflegen gewusst. In Europa hätten Berlusconi mit Stoiber viel zur Stabilisierung des Haiderismus in Österreich beitragen können. Weil die Opposition versuchte, ihre Wählerschaft argumentativ einzusammeln, musste sie so viel von ihren üblen Absichten in die Öffentlichkeit tragen, dass sich dort eine Anti-Stoiber-

Haltung verfestigt hat.

Identifikationsmuster ohne Wert

Umgekehrt konnten Schröder und Mütterling, Fischer und Roth verfahren. Sie haben sich im Wahlkampf auf nichts festgelegt. Sie haben ihre Wählerinnen mit einfachen Identifikationsmustern eingefangen. Ihre Botschaft lautete: Obwohl glänzend und laut, mitten auf der Bühne im Rampenlicht, bin und bleibe ich einer/eine von Euch. Das Publikum darf sich bestens aufgehoben fühlen, denn diese Leute werden in seinem Sinne und an seiner Stelle entscheiden, was entschieden werden muss.

Welches Publikum? Die arbeitenden Klassen, eingeschlossen jene, die es in den freien Berufen oder als Beamte zu einem kleinen Vermögen bringen konnten und gehobene Bedürfnisse pflegen können. Romantische Wahlplakate zeigten den Kanzler im Schein einer Arbeitsleuchte bis in die späte Nacht auf eine Besserung der Lage der Arbeitslosen hinwirkend, oder den Außenminister von innen.

Die schlicht gestrickte Masche bindet fest, weil sie am Alltagsleben ansetzt. An der Erfahrung von Untergebenen, die Betreuung und Hilfe oder einen wenigstens einigermaßen anständigen Chef brauchen, an der Erfahrung der Angestellten, die sich um der Laufbahn willen biegen und wenden müssen, aber eine innere Selbstständigkeit halten und nicht zu allem bereit sind. Der Rolle der überall ungeniert Hineinplatzenden, von Claudia Roth unermüdlich dargestellt, was die abweisende Fehl-am-Platze-Haltung der Männerwelten aufbricht. Nicht die Einzelheiten solcher Identifikationsprozesse sind politisch wichtig, sondern der unerhörte Spielraum, den die auf Grund solcher Bindungen ausgewählten und gewählten politischen Repräsentanten ge-

nießen. Wenn es, spitz gesagt, dahin gekommen ist, dass Arbeiterbewegung sich durch bürokratische Fürsorge und kritische Intelligenz durch ungenierte Aufstiegslust repräsentieren lässt, braucht das eine Erklärung, und diese Erklärung liegt in dem Bestreben, eine im Sinne von Stoiber verfestigte repressive Ordnung der Gesellschaft abzuwenden.

Nachdem der knappe Ausgang der Wahl feststeht, ist lediglich klar, dass Stoiber, jedenfalls einstweilen, nicht Kanzler wird, sondern Schröder eine Regierung mit Fischer als Außenminister und Eichel Finanzen bilden wird. Eigentlich alle anderen Fragen sind offen.

Stoibers heimlicher Sieg

Die Wählerinnen und Wähler bilden im politischen Alltag keineswegs die formlose Masse, die sich im Wahlkampf von Schröder, Fischer und Roth zu einer Mehrheit kneten ließ. Es kann gar nicht klar genug gesagt werden, dass die öffentliche Meinung eine Vielzahl kritischer Argumente enthält, dass Solidarität angestrebt und geübt wird, dass sich viele Menschen in den Betrieben und Gewerkschaften weit exponieren, dass die große Zahl der Menschen, die in einer beruflichen Laufbahn ihr Fortkommen und vielleicht auch Glück suchen, sich mit dem Anpassungsdruck vielfältig und oft sehr kritisch auseinandersetzt.

Aber zu Beginn der Regierung Schröder/Fischer bleibt auch zu notieren, dass die vielen, sachlich ausformulierbaren guten oder mindestens vertretbaren Gründe, Rot/Grün zu wählen, in der öffentlichen Meinung gar nicht zum Tragen kamen. Stoibers Wahlkampf und der Druck, der von ihm ausging, hat im Gegenteil dazu geführt, dass die jetzt gewählte Regierung sich von kaum einem der sauberen Plänchen der Rechten offen

Wahlergebnis der PDS Bundestagswahl 2002 nach Ländern

	absolute Stimmergebnis				Prozentstimmergebnis			
	Erststimmen		Zweitstimmen		Erststimmen		Zweitstimmen	
	2002	1998	2002	1998	2002	1998	2002	1998
Schleswig-Holstein	20.968	17.199	22.573	25.470	1,2%	1,0%	1,3%	1,5%
Bremen	7.109	8.354	8.556	9.815	1,9%	2,1%	2,3%	2,4%
Hamburg	15.326	7.057	20.224	22.603	1,6%	0,7%	2,1%	2,3%
Niedersachsen	50.047	47.237	50.416	50.068	1,0%	1,0%	1,0%	1,0%
Nordrhein-Westfalen	118.380	81.199	125.500	131.550	1,1%	0,7%	1,2%	1,2%
Hessen	43.381	41.700	45.852	52.216	1,3%	1,2%	1,3%	1,5%
Saarland	7.333	3.417	8.987	7.087	1,1%	0,5%	1,4%	1,0%
Rheinland-Pfalz	20.413	6.925	24.036	25.083	0,9%	0,3%	1,0%	1,0%
Baden-Württemberg	51.433	36.075	56.125	58.013	0,9%	0,6%	0,9%	1,0%
Bayern	44.300	22.599	49.559	46.301	0,6%	0,3%	0,7%	0,7%
Mecklenburg-Vorpommern	159.303	268.362	158.913	257.464	16,4%	24,8%	16,3%	23,6%
Brandenburg	313.791	324.723	263.158	313.090	20,6%	21,1%	17,2%	20,3%
Sachsen-Anhalt	224.919	326.008	205.742	337.393	15,8%	20,1%	14,4%	20,7%
Berlin	269.888	325.830	212.436	263.337	14,5%	16,7%	11,4%	13,4%
Sachsen	456.387	567.154	417.856	577.764	17,7%	19,7%	16,2%	20,0%
Thüringen	275.077	332.942	245.864	338.200	19,0%	21,0%	17,0%	21,2%
Bundesgebiet	2.078.055	2.416.781	1.915.797	2.515.454	4,3%	4,9%	4,0%	5,1%

und klar abgegrenzt hat. Sie kann auf diese Abwege getrieben werden, die Rechte kann den berüchtigten Sachzwang ins Feld führen oder auch die Bundesratsmehrheit oder die Presse oder das Ausland oder dies oder das. Von dieser Seite aus kunstvoll angeleint, hat die entstehende Regierung Schröder/Fischer noch nicht mal mehr den sowieso schon bescheidenen Spruch von vor vier Jahren wiederholen wollen, als Schröder sagte, man werde nicht alles anders, aber manches besser machen. Erwartet jemand, dass etwas „besser“ wird? Das erwartet fast niemand, sondern höchstens, dass es nun nicht so schlimm wird, wie es unter einer Regierung Stoiber geworden wäre. Aber ganz ähnlich.

Die PDS macht Fehler ...

Dass diese seltsam ohnmächtige Konstellation entstanden ist, hat einen Grund im Versagen der PDS. Sie hatte sich bereits 1998, geführt durch Gregor Gysi und die jetzt abgewählte Bundestagfraktion, auf das Spiel mit Hoffnung, Erwartung und absehbarer Enttäuschung eingelassen. Die Strategie der PDS sollte sein, namentlich die SPD durch Vorhalten von Beschlüssen und Anträgen aus der Oppositionszeit entweder nach links zu treiben oder Enttäuschte abspenstig zu machen. Diese Strategie geht auf eine Tradition in der deutschen Linken zurück, die inzwischen schon mehrere Genera-



tionen Bestand hatte und wie alles Brauchtum und Vorurteil schwer zu kritisieren ist. Dass dies Verfahren regelmäßig scheitert, beeindruckt anscheinend nicht. Es ist so verlockend, weil der Aufwand, den die unter dieser Fahne Versammelten treiben müssen, um in der politischen Landschaft auffallen zu können, gering ist. Die Argumente liegen gleichsam verlassen auf der Straße, man muss sie nur aufheben, die Leute erinnern, dass sie gestern noch galten, schon erhält man schulterklopfenden Zuspruch von allen Seiten, oft sogar von besonders geschätzten Mitbürgerinnen und Mitbürgern, den sogenannten Prominenten.

Aufwändig und mühsam dagegen ist das Parteigeschäft, in dem gesellschaftliche Erfahrungen von Einzelnen und

Menschengruppen, von Verbänden, Organisationen aufgegriffen und zu politischen Aussagen verarbeitet werden müssen, die in Gesetze gebracht werden können oder in der öffentlich Meinung als massenhaft begriffene Alternative fest stehen. Da allgemein angenommen wird, dass Schröders Schachzug in Sachen Friedenspolitik erheblich zum schlechten Abschneiden der PDS beigetragen haben dürfte, lohnt sich ein Blick auf die Geschichte dieser Diskussion in der PDS.

Tragischerweise

scheiterte in diesem Thema Gregor Gysi mit dem Versuch, aus der massenhaften persönlichen Einstellung „Nie wieder Krieg“ eine politisch wirksame Konzeption zu machen. Der Ansatz der von dem Münsteraner Parteitag im April 2000 schließlich verworfenen Resolution ging davon aus, dass der Kampf um den Frieden zwischen den Staaten geführt werden müsse unter Berufung auf und Entwicklung der Institutionen der UNO. Leider hatte der damalige Vorstand diese Konzeption damit verbunden, Türen für eine Teilnahme der BRD an von der UNO gebilligten, geforderten oder irgendwie geduldeten Gewaltaktionen offen zu halten, statt unter Verweis auf die besondere Situation und Geschichte der BRD eine solche Beteiligung auszu-

Stellungnahmen aus der PDS

PDS-Parteivize Porsch und Sachsens PDS-Vorsitzende Ernst: Schwere Niederlage mit hausgemachten Ursachen

Überwindung der Stagnation der PDS von innen nötig

Zum Ergebnis der Bundestagswahl und den daraus zu ziehenden Konsequenzen erklären der stellvertretende Parteivorsitzende der PDS, Prof. Dr. Peter Porsch, der zugleich Vorsitzender der PDS-Fraktion im Sächsischen Landtag ist, und die PDS-Landesvorsitzende Sachsens Dr. Cornelia Ernst:

Der Verlust von einem Fünftel der Wählerprozente ist für die PDS eine schwere Niederlage, die hausgemachte Ursachen hat. Die für die Umsetzung der Wahlstrategie Verantwortlichen haben uns durch ihr fortwährendes Gerede von der Hilfe für Schröder bei der Kanzlerwahl in den Augen der Öffentlichkeit zur Westentaschenreserve der SPD gemacht. Diese Kritik trifft nicht nur den Bundesgeschäftsführer, von ihr können auch

Gregor Gysi und Helmut Holter nicht ausgenommen werden.

Die PDS hat bei der Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern ein Drittel ihrer Wähler verloren. Dies ist ein eindeutiges und unmissverständliches Votum, dass die Wähler mit den von der PDS in der Regierung erbrachten Leistungen unzufrieden sind. Daraus kann vernünftigerweise nur die Konsequenz gezogen werden, die Arbeit in der Koalition ernsthaft zu überdenken.

Die PDS hat in Sachsen-Anhalt, wo erst im Frühjahr eine PDS-tolerierte Regierung abgewählt wurde, bei der Bundestagswahl weit überdurchschnittliche Verluste erlitten – und dies obwohl sich in Halle ein von der Bundespartei besonders unterstützter Schwerpunkt-Wahlkreis befunden hat. Auch dies zeigt, dass das tatsächliche oder scheinbare Mitmischen an den Schalthebeln der Macht kein Selbstzweck ist, sondern für die Wählerinnen und Wähler der PDS vor allem die Wirklichkeit unserer Politik zählt, wie Gesine Löttsch zutreffend festgestellt hat. Wir müssen daher von dem Schönreden unbefriedigender Ergebnisse unserer Arbeit wegkommen.

Dazu gehört auch, den Jubel auf Parteitagen nicht mit Zustimmung in der Bevölkerung zu verwechseln. In unseren Ohren wohlklingende Parolen ersetzen nicht die Glaubwürdigkeit in der Wählerschaft.

Selbstverständlich sind wir aus sächsischer Erfahrung dafür, dass die PDS auch regieren können muss – schließlich wollen wir in Sachsen nicht in alle Ewigkeit von der CDU regiert werden. Aber wenn wenige Tage vor der Bundestagswahl auch in die sächsischen Medien eine Pauschal-Unterstützung für Schröder lanciert wird, die es an jeglichem Signal für gesellschaftliche Veränderung vermissen lässt, wird die Existenzberechtigung der PDS aufs Spiel gesetzt.

An ihren Taten sollt ihr sie erkennen – das gilt für uns immer, ob in Opposition oder in Regierung. Wenn es an diesen Taten gefehlt hat, müssen daraus die Konsequenzen gezogen werden.

Denn gerade die ostdeutschen Wähler der PDS sind zu Recht unzufrieden mit uns, wenn wir ihre Hoffnungen enttäuschen. Eine Regionalpartei braucht niemand, aber eine Partei, die dem Osten gerade in einer Zeit, in der die wirtschaft-

schließen. Der Parteitag entschied sich dann dafür, diese Hintertüre zu verbauen. Aber dies geschah durch ein allgemein gehaltenes Bekenntnis, so dass die Chance, institutionelle Bedingungen für Friedenspolitik zu benennen und zu schaffen, ungenutzt vorüberging. In der Folge blieb zum Beispiel die Kritik an dem Milosevic-Prozess genauso schwach, wie die PDS das Tauziehen um die Einrichtung eines internationalen Gerichtshofes politisch nicht zu verwerten vermochte. Die PDS-Friedenspolitik hing auf dem Niveau von Bekenntnissen in einer Art Endlosschleife, ehrbar zwar und besser als Anpassung, aber für eine Partei, die für politische Alternativen wirbt, nicht ausreichend.

Die Verweigerungshaltung, die die PDS-Bundestagsfraktion dann eingenommen hat, bot Schröder in seinen Wahlkampfnöten Raum für einen Umgehungsangriff. Denn wenn es um Bekenntnisse geht, sind Bekenntnisse von echten Machthabern immer wichtiger als Bekenntnisse von Kritikern. Durch die Absage an die Irak-Politik der USA entstand eine seltsame Situation. Die Regierung täuschte eine Politik der Kriegsvermeidung an. Sie nahm gleichsam das Ergebnis der möglichen Kritik der PDS an ihrer Politik vorweg und machte es faktisch wirksam. Den Raum für diesen Trug fand Rot-Grün vor, weil die konkreten Schritte, die eine Nichtbeteiligung an einem Krieg realpolitisch möglich machen würden, gar nicht in der Debatte ausbreitet da lagen. Um unter solchen Bedingungen aus dem Grund der Friedenspolitik an der Wahl der PDS festzuhalten, setzt ziemliche vertiefte Kenntnisse über das Funktionieren von SPD und

Grünen voraus. Es war nur unter der Erwartung sinnvoll, dass hier ein Täuschungsmanöver ablief.

... und fehlt trotzdem

Wie bereits in der letzten Regierungsperiode wird die Regierungskoalition versuchen, das Verhältnis zu ihren Wählerinnen und Wählern durch Anwendung des Zauberworts: alternativlos! einzurichten. Nur eine Partei kann dagegen an, denn nur als Partei können Alternativen entwickelt werden, die dann auch zur Wahl stehen. Eine Situation, wie sie zwischen Rot-Grün und der Friedensbewegung besteht, besteht auch zwischen dieser Regierung und der Gewerkschaftsbewegung mit ihren Forderungen, sie besteht gegenüber den Anliegen von Migration und interkultureller Solidarität, sie besteht auf praktisch jedem Feld, auf dem aus der Gesellschaft heraus Kritiken artikuliert oder von Bewegungen Ziele verfochten werden. Die Situation der PDS ist auch nach dieser schweren Niederlage nicht aussichtslos, wenn sie sich daranmacht, die Ziele und Kritiken, die in der Gesellschaft aufzufinden sind, als politische Alternativen zu formulieren. Ein innerparteilicher Ausdruck der Funktionsstörung der PDS ist die verannte Programmdiskussion. An einem Neubeginn dieser Diskussion würde sich zeigen, dass die Partei beginnt, ihre Niederlage zu verarbeiten. Es ist damit auch eilig. Im Juni 2004 stehen zum Beispiel die Europawahlen an. Eine aussichtsreiche Politik müsste auf europaweite Diskussion der linken Parteien verweisen. Die Fragen der institutionellen Ausgestaltung der EU sind schwierig, setzen aber Bedingungen für Entmilita-

risierung oder Militarisierung der Politik, auch für die Verhältnisse zwischen größeren und kleineren Ländern in der EU. Dieses schwierige und trockene Thema interessant zu machen, stellt die Fraktion im Europaparlament vor eine ernstzunehmende Aufgabe, und es ist unschwer vorzusagen, dass Desinteresse der Partei auch zum Verlust dieser Chance führen würde.

Ebenso vorhersehbar ist, dass die Gemeinden in ihrem verfassungsgemäßen Recht auf Selbstverwaltung bedroht sind. Eine Verfassungsreform, die den Gemeinden ermöglicht, ihre Aufgaben wahrzunehmen, muss in Aussicht genommen werden. Macht sich die PDS als immerhin in einigen Landtagen vertretene Partei hierin nicht nützlich, können die Leute in den Stadt- und Gemeinderäten auch nicht viel herausreißen.

Schwere Zeiten, dünne Chancen

Es ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht sicher, ob die PDS, deren Verlust ein Fünftel der Wählerstimmen betragen hat, ihre Verluste windet und wieder in die Lage kommt, bundespolitische Alternativen wirkungsvoll und aussichtsreich geltend machen zu können. Der Verlust an Ansehen gerade bei den Wählerinnen und Wählern, zu denen keine enge oder gar organisierte Verbindung besteht, dürfte kaum zu überschätzen sein. Andererseits ist es wahrscheinlich doch so, dass die Anstrengungen, durch die die PDS bundespolitische Wirksamkeit zurückgewinnen kann, gleichzeitig nützen können, bei den anstehenden Landtags-, Kommunal- und Europawahlen wieder vorwärts zu kommen.

maf

liche und soziale Entwicklung zwischen Ost und West in geradezu dramatischer Weise auseinanderdriftet, eine klare Stimme verleiht, wird mehr denn je gebraucht. Um so dramatischer ist das Versagen der PDS in dieser Situation.

Zugleich wird es nicht mehr, sondern noch weniger soziale Gerechtigkeit geben, wenn es im Unterschied zu anderen europäischen Ländern bei uns keine starke sozialistische Partei mehr gibt. Was ohne Druck von links in der Friedenspolitik geschieht, wagen wir nicht einmal zu befürchten. Daher gibt es zu einer Überwindung der Stagnation der PDS von innen heraus keine Alternative.

Eine schwere Niederlage – nicht nur für die PDS

Das Wahlergebnis bedeutet nicht nur für die PDS einen schwarzen Tag, sondern auch für alle, die für einen Politikwechsel zu sozialer Gerechtigkeit, Frieden und Demokratisierung eintreten. Es gibt keine linke Opposition mehr im Bundestag, die offensiv für Umverteilung nach unten, verlässliche Friedenspolitik aktive Beschäftigungspolitik statt Zwang zur Arbeit um jeden Preis und zu jeder Be-

dingung, für gewerkschaftliche Rechte und die Rechte von MigrantInnen eintritt. Stattdessen steht der Rot-Grünen Regierung eine gestärkte Opposition von Rechts gegenüber. Und 17% der WählerInnen im Osten sind nicht mehr parlamentarisch vertreten, das ist undemokratisch.

Obwohl wir gerade in NRW noch nie eine so große Offenheit und Zustimmung zu unseren Positionen in Podiumsdiskussionen und auf der Straße erlebt haben, konnten wir unser Ergebnis auch landesweit nicht verbessern.

Zum einen sind wir gerade in NRW sicherlich von der Polarisierung Schröder/Stoiber erdrückt worden. Das allein aber reicht als Erklärung nicht.

Die hauptsächliche Ursache dafür, dass wir uns dagegen nicht erfolgreich wehren konnten, liegt im bundesweiten Wahlkampf selbst, in dem viel zu wenig der eigenständige oppositionelle Charakter der PDS als linke Kraft im Bundestag herausgestellt wurde. Stattdessen wurde zeitweise die Funktion als Westentaschenreserve der SPD in den Mittelpunkt gestellt. Es ist weder mit den zentralen Personen noch mit der Wahl-

kampfstrategie gelungen, dies in wichtigen Politikfeldern deutlich zu machen und zentrale Themen im Wahlkampf zu besetzen. Es ist leider nicht gelungen für die Position „Schröder braucht Opposition von links, Stoiber muss verhindert werden“ bundesweite Unterstützung zu erhalten.

Und nicht zuletzt hat uns Gysis Rücktritt massive Stimmenverluste eingebracht.

Dies alles werden wir genauer diskutieren müssen, um daraus Konsequenzen zu ziehen. Wir werden uns intensiv in außerparlamentarischer Bewegungen einbringen, um die Auseinandersetzungen weiter zu führen und versuchen unsere Präsenz in den Kommunalparlamenten auszubauen.

Wir möchten uns bei unseren WählerInnen bedanken und den vielen, die bis zuletzt auf der Straße im Wahlkampf für einen Erfolg der PDS gekämpft haben.

Ulla Lötzer und Ulla Jelpke (PDS-MdB des letzten Bundestages aus NRW) sowie Andrea Kasperzik, Landessprecherin der PDS NRW, Wolfgang Freye, Schatzmeister der PDS NRW

USA zum Krieg entschlossen

Am 19. September leitete US-Präsident Bush den Sprechern des Repräsentantenhauses und des Senats den Entwurf für eine Irak-Resolution des US-Kongresses zu, deren entscheidender Satz lautet: „Der Präsident wird ermächtigt, alle ihm geeignet erscheinenden Mittel, einschließlich Gewalt, einzusetzen, um die Einhaltung der oben genannten Resolutionen des UN-Sicherheitsrates zu erzwingen, die nationalen Sicherheitsinteressen der Vereinigten Staaten gegen die vom Irak ausgehende Bedrohung zu verteidigen und internationalen Frieden und Sicherheit in der Region wiederherzustellen.“¹

Erst zwei Tage zuvor, am 17.9., hatte der irakische Außenminister Sabri für viele überraschend UN-Generalsekretär Kofi Annan das Angebot unterbreitet, UN-Waffeninspektoren ohne Bedingungen ins Land zu lassen – ein Angebot, das von vielen Regierungen, u.a. der Sicherheitsratsmächte Frankreich, Russland und China, begrüßt wurde und die in den letzten Monaten kräftig gestiegenen Ölpreise vorübergehend fallen ließ. Die US-Regierung beeilte sich, die Erklärung des Irak als „taktischen Schritt“ abzutun. Vertreter des Irak und der Leiter der UN-Kontrollkommission für den Irak, Hans Blick, nahmen Gespräche auf und vereinbarten, dass am Monatsende die logistischen Einzelheiten über die Rückkehr der Inspektoren erörtert werden sollten, Landeplätze für Helikopter und Flugzeuge, Labors, Kommunikationszentralen, Geländefahrzeuge, Unterkünfte für die Inspektoren usw. Die Internationale Atomenergiebehörde erklärte, sofort Waffeninspektoren in den Irak entsenden zu könne, man warte nur noch auf grünes Licht vom Sicherheitsrat.

Währenddessen setzten die USA den Sicherheitsrat unter Druck, eine neue, verschärfte, Gewalt androhende Resolution gegen den Irak zu verabschieden. Deshalb wohl beeilte sich Bush auch so, den Entwurf der Resolution des US-Kongresses vorzulegen und die Verabschiedung noch vor November anzukündigen. Der Resolutionsentwurf kommt einem Ultimatum gleich: Einigt sich der Sicherheitsrat nicht auf eine neue Resolution, behalten sich die USA vor, „Militär zur Selbstverteidigung“ einzusetzen.² Der Irak hat inzwischen erklärt, dass er auf eine neue Resolution des Sicherheitsrats nicht eingehen und damit nicht kooperieren werde.

Die Auseinandersetzungen an der diplomatischen Front sind nicht entschieden. Doch der Aufbau einer internationalen Front gegen einen Angriff auf Irak kommt nicht richtig voran. Kuwait und Saudi-Arabien betonten in den letzten Tagen, dass man die Nutzung der US-

Stützpunkte nur gestatten wolle, wenn für einen Angriff auf den Irak ein UN-Mandat vorliege. Aber Saudi-Arabien hatte sich bis Mitte September generell gegen einen Angriff auf Irak ausgesprochen und die Nutzung seines Territoriums verweigert. Russland scheint seine Einwände gegen eine neue Sicherheitsratsresolution aufzugeben, die Positionsbildung Frankreichs und Chinas ist nicht abgeschlossen. Am Dienstag, 24.9., ist zu lesen, dass mit dem Entwurf einer Sicherheitsratsresolution noch in dieser Woche zu rechnen ist.

Unilateralistische Wahnvorstellungen – unreal, aber brandgefährlich

Die Frage scheint nicht zu lauten, ob die UNO die USA irgendwie zu zügeln vermag, sondern ob und wie weit die USA die UNO in die Durchsetzung ihrer Ziele einspannen können oder offen an ihr vorbei handeln. Aber was sind die Ziele der USA?

Auf dem Balkan haben sie im Bündnis mit den europäischen Mächten ehemals souveräne Staaten besetzt; deren Innenpolitik wird heute durch die Präsenz auswärtiger Kräfte kontrolliert. Afghanistan, das durch endlos lange, blutige Kriege und die grausame Diktatur der Taliban stark geschwächt war, wurde als Staat praktisch eliminiert. Der eingesetzte Präsident Karsai wird nur durch die internationalen Truppen und US-Leibwächter auf seinem Posten gehalten.³ Über ihr Kriegsziel im drohenden Krieg gegen Irak lassen die USA keinen Zweifel: Es geht um den Sturz Saddam Husseins, um die Implementierung einer genehmen und abhängigen Regierung und die Errichtung einer auf lange Zeit angelegten Besatzung der Region.

Am 20.9. hat die US-Administration dem Kongress ein 31-seitiges Dokument vorgelegt: die neue Militärdoktrin, deren Eckpunkte die Regierung in den letzten Monaten in mehreren programmatischen

Reden der Öffentlichkeit präsentiert hatte. In dem Dokument heißt es, dass die USA beispiellose Stärke und beispiellosen Einfluss besäßen, aber auch ebensolche Verantwortung und Verpflichtungen. Sie müssten ihre Stärke einsetzen, um ein Gleichgewicht der Macht zu fördern, das die Freiheit sichere. Die unilateralistische Schlüsselidee ist der unbedingte Wille, jede ausländische Macht daran zu hindern, mit der militärischen Führungsrolle der USA, gleich wo auf der Welt, konkurrieren zu können. Wörtlich heißt es: „Die USA müssen und werden die Fähigkeit bewahren, jeden Versuch eines Feindes abzuwehren – sei es eine staatliche oder eine nicht-staatliche Kraft – den Vereinigten Staaten, unseren Verbündeten oder unseren Freunden ihren Willen aufzuzwingen.“ Auch mittels eines Präventivkrieges. Die US-Regierung, die die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofs bekämpft, den ABM-Vertrag einseitig gekündigt hat, sich weigert, die Biowaffen-Konvention zu unterzeichnen, sie macht in diesem Dokument klar, dass sie von den meisten Verträgen zur Nichtweiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen nichts hält und stattdessen eine Strategie der „Weiterverbreitungsabwehr“ verfolgt, etwa durch zwangsweise Entwaffnung.

Gegen den Irak rüstet die Supermacht zur Tat. Will sie den Nahen und Mittleren Osten wirklich beherrschen, diese Region, die die mit Abstand größten Ölvorräte birgt, sich aber der Globalisierung, d.h. der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Durchdringung in vieler Hinsicht versperrt, dann muss sie die Regionalmacht Irak unterwerfen. Wenn nicht friedlich, d.h. durch Verschärfung der Androhung von Gewalt, dann durch die Anwendung von Gewalt.

Die Allmachtsphantasien der USA sind unreal, aber deswegen nicht weniger gefährlich. Die USA verfügen ein über



Demonstration am 14.9. in Köln. Bild: Arbeiterfotografie

die ganze Welt geworfenes Stützpunktnetz, sie scheinen militärisch unschlagbar, verfügen über eine größere Bewegungsfreiheit als je ein Staat zuvor. Sie haben in der Vergangenheit Konflikte oft militärisch ausgetragen. Aber jetzt scheinen sie aufgrund ihrer Überlegenheit entschlossen, den Krieg systematisch und gezielt zum Mittel zu machen, uneingeschränkte Vorherrschaft durchzusetzen. Aber auch diese Hegemonialmacht ist nicht in der Lage, die Welt zu beherrschen. Wie will sie das Gewaltmonopol erringen? Im Moment ist sie nicht einmal in der Lage, die Kontrolle über Afghanistan durchzusetzen. Wie wollte sie die Kontrolle über Indien oder China erringen?

Die Erfahrungen auf dem Balkan und in Afghanistan lehren, dass Besatzung und Unterwerfung nicht zu innerer Stabilität führen, im Gegenteil. Das würde im Fall Iraks nicht anders sein, die Folgen wären wahrscheinlich noch gravierender. Die Kriegsvorbereitungen haben bereits jetzt zu einem scharfen Konflikt um die erwartete Beute geführt, und zwar zwischen Barzani und Talabani auf der einen, der Türkei auf der anderen Seite, beide Seiten potenziell bzw. erklärte Verbündete der USA beim Angriff auf den Irak. Der türkische Verteidigungsminister erhob Ende August ausdrücklich Anspruch auf Kirkuk und Mossul, was allgemein als Ankündigung einer Invasion verstanden wurde. In der Tat hat die Türkei Truppen in einer „spezifischen Mission“ in den Nordirak entsandt. Barzani und Talabani drohten postwendend, der Nordirak werde zum Grab der türkischen Soldaten ...⁴

Die Destabilisierung des Irak ist ebenso zu befürchten wie die weitere Destabilisierung der gesamten Region. scc

Hadep kandidiert mit linkem Block – Staat und Militär verschärfen die Repression

Vor den Wahlen in der Türkei

Zwei Monate vor den türkischen Parlamentswahlen am 3. November ist es der prokurdischen Partei Hadep gelungen, gemeinsam mit der sozialdemokratischen Volkspartei (SDP) und der Arbeitspartei EMEP einen linken Block DEHAP „Arbeit, Frieden und Demokratie“ zu bilden. Die Alewiten-Beshiktas-Union wollte noch entscheiden, ob sie diesen Linksblock unterstützt. Am 12.9. gab der Linksblock seine Kandidatenliste bei der Wahlkommission ab. Die Möglichkeit, dass die DEHAP ins Parlament kommt, sind durch den Linksblock gestiegen. Die Hadep, die als einzige Partei die kurdischen Stimmen im Südosten und den Großstädten im Westen der Türkei mobilisieren kann, lag bei den letzten

DEP, verboten. Drei der damaligen zwölf DEP-Parlamentsabgeordneten, die 1991 gewählt wurden, sitzen immer noch in Haft. 1994 waren sie im Parlament verhaftet und später zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt worden. Der Straßburger Europäische Gerichtshof für Menschenrechte verurteilte die Türkei zur Entschädigungszahlung von 700.000 Euro, weil die Rechte der Abgeordneten verletzt worden seien.

Für den Ausgang der türkischen Parlamentswahlen ist nach Medienberichten und Umfragen bisher nur eins sicher, dass die beiden islamistischen Parteien die größten Stimmenanteile gewinnen werden, wobei die gemäßigte AKP in Front liegt. Von den bisherigen Regierungsparteien können sich derzeit anscheinend nur die Republikanische Volkspartei (CHP), der der frühere IWF-Vizepräsident und Ex-Wirtschaftsminister

Dervis als „Hoffnungsträger“ für die Sanierung der maroden türkischen Wirtschaft beigetreten ist, und die rechtsradikale MHP Hoffnungen auf einen Parlamentseinzug machen. Ob die DSP (Partei des Ministerpräsidenten



Straßenaktion einer Vertreterin der HADEP-Frauenorganisation

Wahlen landesweit um die fünf Prozent. Sie schaffte es bei den letzten Wahlen nicht, im Westen der Türkei die nötigen Stimmen für den Parlamentseinzug zu erhalten. 1999 stimmten 1,7 Millionen Wahlberechtigte für die Hadep. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in den kurdischen Provinzen kam sie auf einen Stimmenanteil zwischen 50 und 80 Prozent und stellt seither 39 Bürgermeister. Mit der Schaffung des Linksblocks und der aus Gewerkschaften und anderen Bereichen der Gesellschaft angekündigten Unterstützung stehen die Chancen im Westen besser.

Mit der Bildung der DEHAP kann auch das drohende Verbot der Hadep wegen angeblicher Unterstützung der PKK durch das Verfassungsgericht umgangen werden. Der Vorsitzende des Verfassungsgerichts erklärte, dass mit einer Entscheidung über das Parteiverbot noch vor den Wahlen zu rechnen sei. Die Europäische Union hatte mehrfach gefordert, von einem Verbot der Hadep abzusehen. Bisher wurden alle Vorgängerparteien der Hadep, die HEP und die

Ecevit) und die konservative Anap (Europaministers Yilmaz) die 10-Prozent-Hürde für den Parlamentseinzug schaffen, steht in den Sternen. Ähnliches gilt für die DYP unter Führung der früheren korrupten und in Rauschgiftaffären verwickelten Ministerpräsidentin Ciller.

Ob die neugegründete YTP (Neue Türkei) des zurückgetretenen Außenministers Cem den Parlamentseinzug schafft, ist bisher nicht sicher. Die Bemühungen Cems sind wahrscheinlich gescheitert, ein sozialliberales Lager für die Wahlen zu einen. Die CHP lehnte eine gemeinsame Kandidatur nach dem Beitritt Dervis' ab. Dervis und Cem stehen in der Türkei für eine Liberalisierung der Wirtschaft. YTP und CHP wollen die IWF-Forderungen in vollem Umfang durchsetzen und genießen die Unterstützung des Militärs.

Die USA versuchen in Vorbereitung des Angriffs auf den Irak die Lage in der Türkei zu beeinflussen. Für die weitere Schuldentilgung haben sie 200 Millionen Dollar nach Ankara überwiesen und weitere 10 Milliarden Dollar an Krediten für

1 Quelle: www.friedensratschlag.de; der Resolutionsentwurf ist im amerikanischen Original dokumentiert.

2 Im Resolutionsentwurf wird das „Recht auf Selbstverteidigung“ u.a. damit begründet, dass die Angriffe vom 11.9.2001 die Ernsthaftigkeit der Bedrohung durch die Weitergabe irakischer Massenvernichtungswaffen an internationale Terrororganisationen unterstrichen; auch bestehe eine große Gefahr, dass Irak Massenvernichtungswaffen gegen die USA oder ihre Truppen einsetzt oder sie an Terroristen liefert – das rechtfertige den Gebrauch von Gewalt durch die USA. Inzwischen äußerten Abgeordnete insbesondere der Demokratischen Partei Kritik daran, dass die Androhung von Gewalt zur „Wiederherstellung des Friedens“ sich auf die ganze Region bezieht und nicht auf den Irak „beschränkt“. Das scheint zur Zeit die Verhandlungsmasse zwischen Regierung und Kongress zu sein.

3 So gab ein deutscher Berater für den Wiederaufbau in Afghanistan in einem Interview im Deutschlandfunk am 11.9.02 die Sichtweise vieler ihm bekannter Afghanen wieder, die in Karsai nicht mal mehr eine Art Oberbürgermeister von Kabul, sondern nur noch den Beherrscher seines eigenen Stuhls sähen.

4 Neue Zürcher Zeitung, 18.9., Türkische Truppen im Nordirak verstärkt, Ankara und die Kurden im Streit um die erhoffte Beute nach einer Intervention

Industrie- und Militärprojekte in Aussicht gestellt.

Das Bündnis von Anap und SP sowie die YTP beantragten das Zusammentreten der Verfassungskommission, um die 10-Prozent-Hürde zu senken. Ob das gelingt, ist fraglich, denn die Mehrzahl der Mitglieder der Verfassungskommission und des letztlich entscheidenden türkischen Parlaments werden nicht mehr dem neuen Parlament angehören. Etwa 300 der 550 Parlamentarier stehen nicht mehr auf den Kandidatenlisten.

Die bisherige Prüfung der Kandidatenlisten durch die Wahlkommission löste nun im In- und Ausland Proteste aus. Allein von der Hadep wurden ca. 50 Kandidaten abgelehnt. Von der Wahl ausgeschlossen wurden auch der Parteivorsitzende der Hadep, Murat Bozlak, und Akin Birdal, Vorsitzender der SHP und bekannt als ehemaliger Vorsitzender des Menschenrechtsvereins IHD. Sie wären nicht wählbar, da sie wegen „Aufstachelung zum Hass aufgrund von Religion oder Volksgruppe“ verurteilt wurden.

Dieser berühmte Paragraf 312, der Hunderte von Politikern, Schriftstellern und Journalisten zu Straftätern machte, wurde vor einem Jahr aus dem Strafgesetzbuch gestrichen, aber nicht aus dem Wahlgesetz. Der AKP-Parteivorsitzende Erdogan sowie der frühere Ministerpräsident Erbakan wurden mit derselben Begründung von den Listen gestrichen. Die bekannte türkische Karikatur-Zeitschrift kommentierte diesen Vorgang: Sie zeichnete ein Trio – einen Polizisten, einen Offizier und einen Juristen – unter dem Titel „Die Zehn-Prozent-Hürde könnt ihr überwinden, uns aber nicht“.

So hatte die Wahlkommission dann auch keine Probleme mit anderen Kandidaten. Z.B. Sedat Bucak, der berühmt wurde durch den berühmten Susurluk-Unfall, bei dem ein wegen Mordes gesuchter Rechtsradikaler und der Leiter einer Polizeischule umkamen. Keine Probleme hat auch Tansu Ciller, trotz Anklagen wegen Korruption, Unterschlagung und Amtsmissbrauchs in ihrer Regierungszeit. Auch Orak Celik, Weggefährte des rechtsradikalen Papstattentäters, blieb auf der Kandidatenliste. Ebenso wurde der wegen Mordes und Verschwindenlassen von Hadep-Mitgliedern aus Sirnak angeklagte Generalmajor Yavuz Öztürk nicht von der Liste der MHP gestrichen.

Der neue türkische Generalstabschef Özkök erklärte bei seiner Amtseinführung, „dass er entschlossen ist, den Kampf gegen den politischen Islam und gegen kurdische Rebellen“ fortzusetzen. Das scheinen nun die Wahlkommission mit der Ablehnung der Kandidaten und die Gendarmerie- und Militärkommandanten in den kurdischen Provinzen umzusetzen. Der Druck auf die Hadep und die Repression gegen die möglichen kurdischen Wähler nehmen jedenfalls im Vorfeld der Wahlen erheblich zu. Aus allen kurdischen Gebieten werden gehäuft

Festnahmen von Hadep-Mitgliedern gemeldet. In Kleinstädten und Dörfern halten die örtlichen Kommandanten Versammlungen ab, wo sie mit Konsequenzen im Falle der Wahl der DEHAP drohen.

Dazu einige Beispiele: In der Kreisstadt Pertek bei Dersim erklärte der Hauptmann Ulucen 34 Ortsvorstehern: „Gebt der terroristischen Partei nicht eure Stimmen. Versucht Einfluss auf diejenigen auszuüben, die diese Parteien wählen. Wer diese Parteien wählt, ist ebenfalls Terrorist und Verräter. Wir werden diejenigen feststellen.“ Im Dorf Kamisli mussten sich die Bewohner auf dem Dorfplatz versammeln. Der Gendarmeriekommandeur der Kreisstadt teilte ihnen mit, sie dürften alle Parteien wählen außer der DEHAP. In den Dörfern rund um Hakkari wurde den Dorfbewohnern mit Verhaftungen und Folter



1. Mai 2002 in Istanbul

gedroht, falls sie die Hadep wählen würden. In der Region Hani bei Diyarbakir drohte der Militärkommandant 18 Dorfvorstehern mit einem erneuten Lebensmittel embargo und der Sperrung der Strassen, ähnlich wie in der Zeit von 1992-93. In der Gegend um Sirnak wurde den Bauern verboten, das Vieh in der nächsten Zeit auf die Weiden zu treiben, sämtliche Pkws wurden beschlagnahmt. In den Dörfern war die Hadep 1995 und 1999 stärkste Partei. In anderen Orten und in den Großstädten im Westen der Türkei versuchen die Behörden, die Wählerverzeichnisse zu manipulieren. Schreibunkundigen Flüchtlingen wird beispielsweise in Istanbul die Aufnahme in das Register verweigert.

Die Hadep-Europavertretung hat sich nun mit einem Aufruf an die europäische Öffentlichkeit gewandt und bittet um Wahlbeobachterdelegationen:

„Die Demokratische Partei des Volkes (Hadep) hat ihre Kandidatinnen und Kandidaten aufgestellt. Für das neue Parlament der Türkei. Bereit zur aktiven Mitwirkung. Mit Perspektiven und Plänen für eine Türkische Republik des Dialogs. Im Rahmen einer zivilgesellschaftlichen Wirklichkeit, einer neuen türkischen Republik des gegenseitigen Respekts, der Anerkennung und Toleranz.“

Diese entscheidenden Wahlen sind in

sich selber ein entscheidender Test zur beweiskräftigen Fundierung demokratischer Intentionen auf einem besseren Weg in die Zukunft. Sie bedürfen in ihrer Durchführung der demokratischen Transparenz eines fairen und offenen Wahlprozesses, damit das Verfahren wie das Ergebnis die Zustimmung aller Wählerinnen und Wähler und auch der europäischen Öffentlichkeit und ihrer Institutionen erfährt. (...) Heute ist die Hadep-Kandidatur erneut von einem Verbotverfahren bedroht. In einer Türkei, die nach Europa will. Statt anerkannt freie und unbehinderte demokratische Wahlen diesem Ziel zu widmen, droht das türkische Verfassungsgericht mit einem womöglich negativen Urteil rasch noch vor den Abstimmungen. (...) Um der staatlich geplanten Zwangsauflösung zu entgehen, ... hat unsere Partei sich entschlossen, mit den demokratischen Parteien Sozialistische Demokratische Partei (SDP, Akin Birdal, ehem. Vorsitzende des Menschenrechtsvereins IHD als Vorsitzender), Partei der Arbeit (EMEP, Levent Tüzel als Vorsitzender) auf der Liste der Demokratische Volkspartei (DEHAP, Mehmet Abbasoglu als Vorsitzender) als Demokratie-, Freiheits- und Arbeitsplattform bei den November-Wahlen aufzutreten. Es ist zwar ein Wahlbündnis, aber viel mehr ein Demokratiebündnis. Ein Bündnis mit dem Ziel, alle Kräfte zu bündeln, um den notwendigen und zugleich schwierigen Weg der Demokratisierung, des Friedens und des Wohlstandes gemeinsam gestärkt gehen zu können. Durch Einschränkung unserer demokratischen Rechte behindert und die faktischen Wahlbehinderungen der Vergangenheit vor Augen, stellen wir uns dennoch überzeugt unter schwierigen Bedingungen zur Wahl. Im klaren Bewusstsein der Tatsache, dass ohne uns und unsere Wählerinnen und Wähler die Demokratie in der Türkei niemals vollendet werden kann. Als unabdingbarer Bestandteil einer zivilen Gesellschaft verlangen wir eine freie und offene Wahl. Zu Gunsten der Türkei. Im Interesse Europas. Heute rufen wir die europäischen Institutionen dringend auf, Wahlbeobachter zu den Urnengängen in die Türkei zu entsenden.“

Für den Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft in der Türkei ist es nötig, dass die kurdischen Anliegen durch eigene Parlamentsvertreter zum Ausdruck kommen. Bei diesen Wahlen wird auch darüber entschieden, ob und wie sich der Friedensprozess in der Türkei und die Kurdenfrage weiter entwickeln und welche Rolle die Türkei bei dem bevorstehenden Angriff auf den Irak spielen wird.

Wer Interesse an der Unterstützung der Delegationen hat, wendet sich bitte an: Hadep, Europavertretung, Hohenstaufenring 13, 50668 Köln, Telefon: 0221-8017784, Fax: 0221-8017785. Unter der Adresse können auch aktuelle Wahl-nachrichten bezogen werden. rub



Am 14. September demonstrierten in Bilbao mehrere zehntausend Menschen gegen ein Verbot der baskischen Partei Batasuna (Einheit). Der Aufruf zur Demo wurde von Linksintellektuellen, Gewerkschaften, feministischen und anti-rassistischen Gruppen getragen, welche die spanische Repression trotz aller Kritik an ETA und Batasuna als Repression gegen die Linke in ihrer Gesamtheit sieht. Die spanische Administration machte zunächst Druck auf die baskische Regionalregierung, die Demonstration zu verbieten. Letztere sah aber keinen Grund, erlaubte die Demo jedoch unter dem Vorbehalt, dass keine Parolen für „Batasuna“ gerufen werden dürfen. Die Demo hatte kaum begonnen, da wurde sie schon nach 500 Metern durch mit Gummigeschossen bewaffnete Polizisten gestoppt und mit Tränengas und Wasserwerfern aufgelöst. Es gab viele Verletzte. Unterdessen scheint sich auch in den justiziellen Kreisen um den Richter Garzon, welcher das Verbot auf strafrechtlicher Ebene einleitete, Widerstand herauszukristallisieren. Mitarbeiter des Ermittlungsrichters verließen das Büro, welches nun wegen Arbeitsüberlastung zusammenzubrechen droht. (Quelle: indymedia)

litik seit dem 11.9.01 zu wider-
setzen. U.a. schreiben sie: „Wir
glauben, dass Völker u. Staaten
das Recht haben, ihr Schicksal ei-
genverantwortlich zu bestimmen – und
zwar frei von militärischem Zwang
durch mächtige Staaten. Wir glauben
ferner, dass alle Personen, die von der Re-
gierung der Vereinigten Staaten festge-
halten oder vor Gericht gestellt werden,
dasselbe Recht auf einen fairen Prozess
haben. Wir glauben, dass Fragen gestellt,
Kritik geübt u. abweichende Meinungen
geäußert werden müssen – und dass dies
hochgeschätzt u. verteidigt werden soll-
te. Wir sind der Auffassung, dass der Wert
(der freien Meinungsäußerung) und das
Recht darauf ständig bedroht sind und
entsprechend verteidigt werden müssen.
Wir glauben, dass Menschen, die ein Ge-
wissen haben, sich dafür verantwortlich
fühlen müssen, was ihre Regierungen
tun. A priori müssen wir uns der Unge-
rechtigkeit widersetzen, die in unserem
Namen begangen wird. In diesem Sinne
appellieren wir an alle Amerikaner, dem
Krieg u. der Unterdrückung WIDER-
STAND ZU LEISTEN, die die Bush-Re-
gierung über die Welt gebracht hat / noch
bringt. Das alles ist ungerecht, unmora-
lisch u. illegitim. Wir haben uns ent-
schlossen, uns an die Seite der Menschen
in aller Welt zu stellen.“

Zusammenstellung: scc



Griechisches Sondergericht lehnt Vollstreckung von Entschädigungsforderungen gegen Deutschland ab

Die höchste griechische Gerichtsstanz, der Sonderausschuss des Obersten Gerichtshofes in Athen, entschied letzten Mittwoch, dass die Ansprüche von Opfern deutscher Kriegsverbrechen im Zweiten Weltkrieg gerechtfertigt seien, aber aufgrund des Prinzips der Staatenimmunität nicht vollstreckt werden können. Damit hob das Sondergericht die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes von 2000 auf, das den Nachkommen der Opfer des Massakers der Waffen-SS in der Kleinstadt Distomo 86 Millionen DM Entschädigung zugesprochen hatte. Danach waren mehrere deutsche Einrichtungen in Athen von Gerichtsvollziehern aufgesucht worden. Noch vor drei Monaten hatte ein Gericht die Zwangsversteigerung des Athener Goethe-Instituts eingeleitet, was aber von der griechischen Regierung gestoppt wurde. Die Bundesregierung hatte gegen die Entschädigungsurteile Einspruch erhoben, auf die Staatenimmunität verwiesen und jegliche Zahlungen verweigert. Jetzt werden die Distomo-Klage und weitere rund 65.000 Klagen an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg weitergeleitet. Zudem ist eine Klage eines Distomo-Op-

fers vor dem Bundesgerichtshof in Karlsruhe anhängig. Der BGH muss sich mit der Frage auseinandersetzen, ob das 2+4-Abkommen von 1990 einem Friedensabkommen gleichzusetzen sei. Dann müsste nämlich die wiedervereinigte BRD die völkerrechtlichen Verpflichtungen als Nachfolgestaat des Dritten Reiches übernehmen. rub

USA: Protestaktionen gegen Krieg und Repression

Mit zahlreichen kleineren und größeren Aktionen kündigen in diesen Septembertagen Friedensorganisationen und -initiativen in den USA ihren Widerstand gegen den drohenden Krieg gegen Irak an. Das obere Bild (rechte Spalte) zeigt z.B. eine Aktion während der UN-Rede von Präsident Bush, das untere ein Die-In in New York. Am 7. September nahmen rund 15- bis 20.000 Menschen im Golden-Gate-Park an einem Friedensfestival teil. Für Ende September sind erste größere Demonstrationen der Friedensnetzwerke geplant.

Über 4000 Künstler und Wissenschaftler aus den USA unterzeichneten einen Aufruf, der am 19.9. in der *New York Times* abgedruckt war. In diesem Aufruf (in deutscher Übersetzung bei: indymedia) fordern die Unterzeichnenden dazu auf, sich der Richtung der Po-

KÖLN. Rund 40.000 Menschen beteiligten sich eine Woche vor der Bundestagswahl am Aktionstag „Eine andere Welt ist möglich“. Während vom Roncalliplatz aus die Gewerkschaftsjugend ihre große Aktion „Freibeuter entern den Neoliberalismus“ begann, warteten am Kaiser-Wilhelm-Ring Vertreter der Friedensbewegung vor einem neuen Kriegsabenteuer im Irak. Am Friesenplatz informierten die Organisationen des „Runden Tisch“ der Erwerbslosen- und Sozialhilfeorganisationen über geplante weitere Kahlschläge im sozialen Netz. Am Rudolfplatz erläuterten Vertreter von „kanak-attac“ ihre Kampagne „Legalität statt Integration“, gab es zahlreiche weitere Beiträge gegen die herrschende Globalisierungs- und Deregulierungspolitik, wurden unter dem Motto: „Unsere Welt ist keine Ware“ Forderungen nach einer „solidarischen Weltwirtschaft“ laut. Zur großen Abschlussdemonstration trafen sich dann alle wieder.

lbfk, Bild: www.arbeiterfotografie.de



Für eine offene Stadt – NPD in Freiburg massenhaft abgeblockt

FREIBURG, BREISGAU. 10.–15.000 Menschen beteiligten sich am 14. September 2002 an den Aktionen gegen die NPD. Offensichtlich war, dass die Vorbereitung an den Schulen gut war – es wird nicht immer so viel gesprochen über den Faschismus historisch und aktuell.

Die Blockade des Bahnhofs stand an drei Seiten, die vierte Seite war der Bahnhof selber, der schon morgens abgesperrt war. Für die angereisten Faschisten blieb also nur noch ein relativ kleiner Platz vor dem Bahnhof. Mehr brauchten die aber auch nicht, waren doch nur maximal 150 gekommen, Versuche, sich zu formieren, wirkten so nicht nur lächerlich, sie wurden sofort mit Gegenparolen quittiert. Tausende skandierten Parolen und schrien ihre Gegnerschaft gegen Rassismus und faschistische Gewalt heraus. Es war eindeutig, dass massenweise Gewerkschafter die Hauptkraft in dieser Auseinandersetzung bildeten. Es wäre ein besonders wichtiger Erfolg für die Zukunft, würden der Schwung dieses Tages und die Entschlossenheit in der gewerkschaftlichen Kämpfe mitgenommen. Die kleine Zahl der Faschisten und die große Zahl der antifaschistischen Blockierer, das bestimmte die Lage, die Polizei stand dazwischen. Als die NPD um ca. 15 Uhr abzog, stand der Erfolg fest: Sie waren nicht durchgekommen, die offene Stadt Freiburg hat sie nicht hereingelassen, weil genug Menschen blockiert hatten. „Angesichts der großen Zahl der Gegendemonstranten war es nicht möglich, einen Weg für die NPD freizugeben“ – so äußerte sich Polizeichef Mayer. Wobei der Ausdruck „freizugeben“ verharmlosend ist für das, was bei einem anderen Kräfteverhältnis hätte passieren können. Verurteilen möchte ich die Platzverweise gegen 68 autonome Antifaschisten von Seiten der Polizei. NPD-Landeschef (und Mitarbeiter des

Verfassungsschutzes??) Härle verlautbarte: „Die Stadt kapitulierte vor dem Mob!“. Es war ein rundum erfolgreicher Tag – selten ist ein Erfolg direkt sichtbar an der Größe der eigenen Reihen und an der Durchsetzung des gesetzten Ziels.

huf, an/az Freiburg

Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda – Aktionen am 12. Oktober

MÜNCHEN. Vom 8. Oktober bis 24. November 2002 wird im Münchner Stadtmuseum die überarbeitete Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht 1941–44“ gezeigt. Wie schon am 1. März 1997 planen alte und neue Nazis einen Marsch durch München, der sich gegen diese Ausstellung richtet. Ein breites Bündnis von bisher mehr als 40 Organisationen und Initiativen sowie rund 120 Einzelpersonen aus allen gesellschaftlichen Bereichen erklärt dazu: „Der Skandal von 1997 darf sich nicht wiederholen, als über 5.000 Nazis unter Polizeischutz durch München marschierten. Nur die konsequente Haltung der 15.000 Münchnerinnen und Münchner, die damals stundenlang den Marienplatz besetzt hielten und schließlich die Nazis im Tal gestoppt ha-

ben, verhinderte, dass diese ihr Ziel erreichten. Auch weitere Versuche der NPD in München aufzutreten sind an der Wachsamkeit und Präsenz der Münchner Bevölkerung gescheitert: So ihre Propagandaveranstaltung am 30. September 2000 auf dem Marienplatz und die geplante Großkundgebung am 25. November 2000 auf dem Maria-Hilf-Platz, die wegen der angekündigten Gegendemonstrationen kurzfristig von der NPD abgesagt wurde. Damit wurden klare Zeichen gesetzt: Öffentliche Auftritte von Nazis werden in München nicht geduldet! Es gibt kein Recht auf Nazi-Propaganda! Wir werden auch den Nazi-Aufmarsch am 12. Oktober nicht hinnehmen! Wir rufen alle Münchnerinnen und Münchner auf, den Nazis kreativ und entschlossen entgegenzutreten. Wo immer die Nazis aufmarschieren – wir werden präsent sein.“

www.buendnis-gegen-rassismus.de

Nazidemo am 14. September in Potsdam erfolgreich verhindert

POTSDAM. Dem NPD-Aufruf zum Marschieren unter dem Motto „Schluss mit der Masseneinwanderung russischer Juden. Deutschland uns Deutschen“ folgten lediglich rund 80 Faschisten. Nicht zuletzt aufgrund der immensen Präsenz der schätzungsweise 500 unabhängigen Antifas und 1500–2000 bürgerlichen Nazi-gegnerInnen im gesamten Innenstadtbereich wurden die Nazis von der Polizei an den Stadtrand geschickt, ursprünglich wollten die NPDler am Hauptbahnhof starten. Dort, am Bahnhof Pirschheide, wurden sie in eine Gitterabsperzung verbracht, wo sie – abseits jeglicher Öffentlichkeit – lediglich Liedchen singen, jedoch nicht demonstrieren konnten. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermittelt inzwischen übrigens wegen Volks-



verhetzung eben wegen des Mottos. Hintergründe: Im Mai wurde in Wittstock (nahe des Heimatortes von Nazi-Anmelder Schulz gelegen) ein Ausiedler von deutschen Rassisten ermordet. Erst letzte Woche wurde auf die NS-Gedenkstätte im ebenfalls nahe gelegenen Belower Wald ein Brandanschlag verübt und Hakenkreuze gesprüht.

<http://inforiot.de/news>

Welche Verfassung für welches Europa? – Seminar vom 3.–6. Oktober

GREIZ, VOGTLAND. In der Einladung der „Europäische Märsche gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse und Ausgrenzung“ heißt es: „Wir, die Euromärsche, befassten uns seit 1996 mit der EU und erleben sie als ein Projekt der neoliberalen Globalisierung. Gegenwärtig diskutiert ein „Konvent“ über eine Neuordnung und eine mögliche EU-Verfassung – wie immer hinter dem Rücken der Öffentlichkeit. Wir laden deshalb alle, die wie wir eine Antwort für ein demokratisches und soziales Europa suchen, zu einem Seminar mit folgenden Schwerpunkten ein: * Wie ist die EU zu dem neoliberalen Projekt geworden, das heute Politik und Wirtschaft bestimmt? Wie funktioniert sie? * Welche Fragen berät der Konvent? Wie verhalten wir uns dazu? * Wie können soziale Rechte in Europa verankert werden? Welche Verfassung für welches Europa?“ Das Seminar findet vom 3. bis 6. Oktober im Schulandheim Wellsdorf, bei Greiz im Vogtland statt. Weitere Infos unter: www.euromarches.org/deutsch

Demonstration „Für ein soziales Oldenburg – gegen den Sozialabbau“

OLDENBURG. Gewaltige kommunalpolitische Unzufriedenheit brachte am 7. September 2002 mehr als 1500 Menschen im niedersächsischen Oldenburg auf die Straße. Gegenstand der allgemeinen Wut sind die drastischen Einschnitte, die die SPD/FDP-geführte Stadtrats-Mehrheit den Oldenburgern zumuten will und denen ein großer Teil der sozialen Infrastruktur, Frauen- und Mädchenprojekte, Jugend- und Erwerbslosenzentren zum Opfer zu fallen droht. Bereits beschlossen ist z.B. die Rücknahme des freien Schwimmbadeintritts für Sozialhilfebezieher oder der Anspruch auf Bildungsgutscheine für Menschen mit geringem Einkommen.

„Wir alle zusammen sind über 1500 Ich-AGs und alle in derselben Branche. Konkurrenzlos sozusagen. Denn wir haben eine Marktlücke entdeckt. Ein Bedürfnis, das trotz – oder gerade wegen – des riesigen Waren- und Dienstleistungsangebotes unbefriedigt bleibt, das Bedürfnis nach Solidarität und Zusammenhalt“, begrüßte Hauptredner Michael Böttig vom Bündnis „Oldenburg 2000“ die Demonstranten mit Seitenhieb auf das Hartz-Papier. „Über 1500 neue

Firmen – es geht wieder aufwärts in Oldenburg.“ www.tacheles.wtal.de

GATS-Aktionsbündnis startet eine Kampagne mit Protestpostkarten

BERLIN. Seit Anfang 2000 wird das Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement on Trade in Services) im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) neu verhandelt. Ziel ist die weltweite Liberalisierung sämtlicher Dienstleistungsmärkte. Bis 31.3.03 müssen die WTO-Mitglieder ihre Marktöffnungsangebote einreichen. Bis 2005 sollen die GATS-Verhandlungen abgeschlossen sein. Aus diesem Grund startete am 12. September 2002 das GATS-Aktions-



bündnis – darunter Attac, Gewerkschaften (ver.di, GEW, DGB-Jugend), verschiedene studentische Organisationen, kirchliche und entwicklungspolitische Gruppen – eine bundesweite Kampagne. Zum Auftakt wird die Bundesregierung mit einer großangelegten Postkartenaktion aufgefordert, innerhalb der EU die Forderung nach einem Moratorium der GATS-Verhandlungen durchzusetzen. Vier Postkarten mahnen: Was, wenn ein Zigarettenkonzern die Grundschule übernimmt? Was, wenn ein Nahrungsmittelmulti die Wasserversorgung übernimmt? Was, wenn eine Briefkastenfirma die Müllentsorgung übernimmt? Was, wenn ein Designfood-Konzern Krankenhäuser übernimmt? Und fordern: Nein zu GATS: Unsere Welt ist keine Ware! – Weitere Aktionen werden folgen und ihren vorläufigen Höhepunkt bei der Ministerkonferenz der WTO im September 2003 in Mexiko finden. www.gats-kritik.de

117.140 Unterschriften gegen die geplanten Studiengebühren in NRW

DÜSSELDORF. Jetzt steht die Gesamtsumme der Unterschriften fest, die am 10. September dem NRW-Bildungsministerium übergeben worden sind: Seit dem 8. Mai 2002 hat das Landesbüro NRW des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren (ABS) 117.140 Unterschriften gegen die Pläne der Landesregierung, Studien-

gebühren in unterschiedlichen Formen einzuführen, gesammelt. Aneinander gereiht ergeben die Listen eine Länge von etwa 3,5 Kilometer. In der Erklärung, die auch von über 100 ASten, Fachschaften, Verbänden und Gewerkschaftsorganisationen unterstützt wird, heißt es u.a.: „Studiengebühren verstärken soziale Selektion, verhindern ein freies selbstbestimmtes Studium und sind mit einer demokratisch und emanzipatorisch gestalteten Hochschule nicht vereinbar. Daher fordern wir die NRW-Landesregierung auf, ihre Pläne zur Einführung von Studiengebühren sofort zurückzuziehen und jegliche Studiengebühren zu verbieten.“

NRW-Bildungsministerin Gabriele Behler (SPD) hatte sich geweigert, die Unterschriften persönlich entgegenzunehmen. Sie schickte einen Mitarbeiter auf die Landtagswiese, wo das ABS die auf rotem und grünem Papier kopierten Unterschriftenlisten zusätzlich auf einer 3,5 Kilometer langen Wäscheleine präsentierte, die sich quer über die Landtagswiese erstreckte. Eine Stellungnahme des Ministeriums liegt bisher nicht vor. www.abs-nrw.de

Stadt Eberswalde würdigt Engagement gegen Neonazis

EBERSWALDE. Seit Jahren kämpft die Stadt, die wegen des ersten Neonazi-Mords an einem Ausländer nach der Wende in Ostdeutschland bekannt wurde, gegen ihr Negativimage. In Eberswalde hatten am 25. November 1990 etwa 50 Neonazis so brutal auf den Angolaner Antonio Amadeu eingeschlagen, dass der 28-Jährige elf Tage später starb. „Seitdem haben sich Dutzende Vereine und Initiativen gebildet, um gegen Ausländerfeindlichkeit zu kämpfen“, sagte der Leiter der Eberswalder Koordinierungsstelle für Toleranz und gegen Fremdenfeindlichkeit, Mohamed Hamdali. Um diese Initiativen zu würdigen, hat die von der Stadt finanzierte Koordinierungsstelle jetzt eine 32-seitige Broschüre mit dem Titel „Gesicht(er) zeigen in Eberswalde“ herausgegeben. Sie soll anderen Menschen im Land zudem Mut machen, sich ebenso zu engagieren und den Kommunen zeigen, dass es sich lohnt, solche Initiativen zu unterstützen. Gleichzeitig dürften die bisherigen Erfolge nicht zur Leichtfertigkeit verleiten und die noch immer vorhandenen Probleme mit Rechtsradikalen ignoriert werden. Wichtig ist für Hamdali, dass die Vereine nicht nur nach ausländerfeindlichen Übergriffen reagieren, sondern präventiv und aufklärerisch in den Schulen aktiv sind, um sich rechtsextremistischen Gedanken entgegenzustellen.

Eberswalde ist eine der wenigen Städte, die sich eine Koordinierungsstelle für Toleranz leisten. Bezug über: Koordinierungsstelle für Toleranz, Stadtverwaltung, Dr.-Zinn-Weg 18, 16225 Eberswalde. Informationen im Internet unter: www.eberswalde.de/tolerantes

Bald 2. Volksentscheid in Sachsen

„Zukunft braucht Schule“



Die Initiative „Zukunft braucht Schule“ entschied am 10. August 2002 in Dresden, ein Volksbegehren „Zukunft braucht Schule“ zur Änderung des sächsischen Schulgesetzes einzuleiten. Damit soll u.a. eine Senkung der durchschnittlichen Klassengrößen und der Erhalt auch kleinerer Schulen durchgesetzt werden. Die Staatsregierung und der sächsische Landtagspräsident lehnten das ab mit der Behauptung, ein Volksbegehren müsse kostenneutral sein. Doch der Sächsische Verfassungsgerichtshof in Leipzig urteilte am 11. Juli 2002 anders. Er ließ sich nicht auf Zahlenspielerien der Haushaltspolitiker ein, sondern arbeitete das Spannungsverhältnis zwischen parlamentarischer und Volksgesetzgebung heraus: „Etwaige Reibungsverluste, die sich aus diesem Spannungsverhältnis ergeben mögen, sind von der Verfassung gewollt und damit auch hinzunehmen. Sie können nicht Anlass sein, das Volksgesetzgebungsverfahren interpretatorisch zurückzuschneiden im

Interesse der ungestörten Funktion des parlamentarischen Regierungssystems. Dieses ist durch das Volksgesetzgebungsverfahren mit dem Ziel seiner Beeinflussung gerade modifiziert worden“. Der Verfassungsgerichtshof hat sich nicht die Angst vor und Überheblichkeit gegenüber dem Volk zu eigen gemacht, die Parlamentsmehrheit und Landesregierung in ihrer Schulpolitik bestimmen. Es hat eine hohe Hürde, an denen Volksgesetzgebungsverfahren regelmäßig scheiterten, beiseite geräumt. Darin ist auch und gerade der große Erfolg der Volksantragsinitiative „Zukunft braucht Schule“ über die Landesgrenzen hinaus und mit Wirkung auf zukünftige Volksanträge zu sehen.

Jens Herrmann, einer der Sprecher der Schulinitiative, erwartet nun eine breite Unterstützung bei der Sammlung der nötigen 450.000 Unterschriften. Homepage des Vereins „Zukunft braucht Schule“: www.sl-mediaworks.de/Kundenseiten/zbs

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Schulgesetzes für den Freistaat Sachsen

Artikel 1

Das Schulgesetz für den Freistaat Sachsen (SchulG) vom 3. Juli 1991 (Sächs GVBl. S. 213), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 14. Dezember 2000 (SächsGVBl. S. 513) wird wie folgt geändert:

1. § 5 (Grundschule) wird wie folgt geändert: Absatz 2 wird wie folgt neu gefasst: „(2) Die Grundschule umfasst die Klassen 1 bis 4. Der Unterricht wird in der Regel nach Klassenstufen erteilt. Auf Beschluss der Schulkonferenz kann auch jahrgangsübergreifend unterrichtet werden.“

2. § 6 (Mittelschule) wird wie folgt geändert: Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 angefügt:

„(4) Die Schulträger können bestimmen, dass Mittelschulen einzügig geführt werden.“

3. § 7 (Gymnasium) wird wie folgt geändert: a) Nach Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt:

„(4) Die Schulträger können bestimmen, dass Gymnasien zweizügig geführt werden.“

b) Die bisherigen Absätze 4 und 5 werden die Absätze 5 und 6.

c) Im nunmehrigen Absatz 6 wird die Formulierung „Absatz 4“ durch die Formu-

lierung „Absatz 5“ ersetzt.

4. § 22 (Schulträger) wird wie folgt geändert: Absatz 3 wird wie folgt neu gefasst: „(3) Die Schulträger können gemeinsam Schulen betreiben (Schulverbünde). Die Vorschriften über die kommunale Zusammenarbeit bleiben unberührt.“

5. § 23a (Schulnetzplanung) wird wie folgt geändert: Absatz 4 wird wie folgt neu gefasst:

„(4) Die Schulnetzpläne bedürfen der Genehmigung der obersten Schulaufsichtsbehörde. Die Genehmigung darf nur versagt werden, wenn die Schulnetzplanung gegen Bestimmungen dieses Gesetzes oder der Verfassung des Freistaates Sachsen, insbesondere Artikel 7, 29, 101 bis 104 und 106 der Verfassung des Freistaates Sachsen, verstößt.“

6. Nach § 35 (Lehrpläne, Stundentafeln, Richtlinien) wird folgender § 35a eingefügt:

„§ 35a Klassenbildung, Klassengröße
(1) Für die Bildung einer Klasse in der jeweiligen Klassenstufe sind in der Regel an einer Grundschule wenigstens 10, an einer weiterführenden Schule in der Regel 15 Schülerinnen und Schüler erforderlich.

(2) Die maximale Größe einer Klasse liegt bei 25 Schülerinnen und Schülern.“

Artikel 2

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung:

Mit der Gesetzesänderung verfolgen die Antragsteller das Ziel, ein möglichst flächendeckendes Schulnetz im Freistaat Sachsen zu erhalten. Schulen sind nicht allein Einrichtungen, an denen Unterricht stattfindet; sie sind zugleich auch sozialkulturelle Einrichtungen, Orte der Kultur, der Bildung und der Freizeitgestaltung. Schulen prägen das öffentliche Leben in einer Kommune und die Identität der Bürgerinnen und Bürger. Im Falle der Schließung einer Schule sind folglich das öffentliche Leben einer Stadt oder Gemeinde und die Identität ihrer Bewohner beeinträchtigt. Um ein möglichst flächendeckendes schulisches Angebot im Freistaat Sachsen und damit den gleichen Zugang zu Bildung für alle garantieren zu können, ist das Sächsische Schulgesetzes, wie oben vorgesehen, zu ändern.

Der jahrgangsübergreifende Unterricht an Grundschulen § 5 fördert das soziale Miteinander an der Schule und die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Mittels einer differenzierten Lernorganisation ist ein lerngerechter und schülerorientierter Zeithrhythmus möglich.

Mit der Änderung der §§ 6, 7 wird erstmalig eine gesetzliche Regelung der Mindestzügigkeit der Schularten erreicht. Dadurch wird eine bislang nicht vorhandene Rechtssicherheit hergestellt. Sie steht der Forderung nach Differenzierung und Profilangebot, wie sie dieselben Paragraphen vorsehen, nicht entgegen. Bisherige starre Normative zur Klassenbildung und Zügigkeit der Schularten seitens des Kultusministeriums haben im Gegenteil zu zahlreichen Klagen gegen diese Vorgaben geführt und ein deutliches Gefälle zwischen Stadt und Land im schulischen Angebot verursacht. Mit der gesetzlichen Regelung der Mindestzügigkeit kann in allen Regionen ein gleichmäßiges Bildungs- und Abschlussangebot gesichert werden.

Dem gleichen Ziel dienen auch die Regelungen zur Klassenbildung und Klassengröße § 35a. Sie bieten zudem eine bessere Gewähr für die Erfüllung des schulischen Bildungs- und Erziehungsauftrages. Kleine, überschaubare Klassen tragen zur Verbesserung der Schulkultur bei, sie fördern insbesondere die Lehr- und Lernmotivation und erlauben ein differenziertes Eingehen auf die Individualität der Schülerinnen und Schüler. Kleine Klassen bieten die Chance, traditionelle Unterrichtsmethoden, wie z.B. den Frontalunterricht, zu überwinden.

Beide Regelungen – die Mindestzügigkeit und die Klassenbildung bzw. -größe – entsprechen dem Prinzip der wohnortnahen Schule, das vor allem bei Grundschulen praktiziert werden sollte. Das

Prinzip der wohnortnahen Schule ermöglicht den Schülerinnen und Schülern eine individuelle Zeiteinteilung, die lange Fahrzeiten zur Schule und zurück vermeidet. Die eingesparte Zeit kann nutzbringender angewendet werden, zum Lernen z.B. oder zur sinnvollen Freizeitgestaltung.

Der § 22 erlaubt die Einrichtung sog. Schulverbünde, die den Schulträgern den gemeinsamen Betrieb einer Schule ermöglichen.

Die derzeitige Regelung der Schulnetzplanung § 23a macht deren Umsetzung in erster Linie von der Zustimmung des Kultusministeriums abhängig. Die angestrebte Neuregelung stärkt die ei-

gentlichen Entscheidungsträger, die kommunale Selbstverwaltung, diejenigen also, die die Schulnetzpläne erarbeiten und beschließen. Das sog. „Zustimmungserfordernis“ wird insoweit neu geregelt, als die Zustimmung des Kultusministeriums zur Einrichtung, Änderung oder Aufhebung einer Schule auf der Grundlage einer von den Landkreisen und Kreisfreien Städten beschlossenen Schulnetzplanung erfolgt und die Schließung einer Schule aus Gründen, die mit Bildung und Erziehung nichts zu tun haben, weitgehend ausschließt. Zudem wird die Entscheidungsfindung über den Erhalt oder die Schließung einer Schule demokratisiert. www.zukunftbraucht Schule.de



NRW: Die Muttersprache für das Erlernen der deutschen Sprache nutzen! Keine Kürzung der Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht!

PISA ernst nehmen!

KÖLN. Die Landesregierung will im neuen Landeshaushalt 450 Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht streichen. Das heißt: 1/3 aller muttersprachlichen Stellen werden abgebaut, der Muttersprachliche Unterricht in NRW wird massiv bedroht.

Dieses Vorhaben der Landesregierung widerspricht allen Erkenntnissen aus der PISA-Studie. Darin ist noch einmal deutlich gemacht worden: In NRW sind erhebliche Anstrengungen notwendig, damit sich die Schulerfolge der Migrantenkinder verbessern. Die Verbesserung der sprachlichen Fähigkeiten ist dabei eine Schlüsselfrage. Die Erfolge der „PISA-Spitzenreiter“ beruhen u. a. auf der systematischen Erziehung zur Mehrsprachigkeit: Zweisprachige Kinder lernen Sprachen besonders schnell und problemlos, wenn der sprachliche Unterricht koordiniert ist und aufeinander aufbaut, wenn die Kinder auf ihre Muttersprache zurückgreifen können.

Wir brauchen deshalb einen modernen Muttersprachlichen Unterricht, damit

1. die Migrantenkinder ihre Muttersprache systematisch zum Erlernen der deutschen Sprache nutzen können und
2. ihre natürliche Mehrsprachigkeit zum Nutzen unserer Gesellschaft ausgebaut wird.

Wir brauchen den Muttersprachlichen Unterricht, damit schulische Programme zur zweisprachigen Alphabetisierung und zur Koordinierung des Sprach- und Sachunterrichts in der Sekundarstufe ausgeweitet werden können. Die Muttersprachenlehrerinnen und -lehrer sind unverzichtbar als eine Brücke zwischen Schule und Migranteneltern. Deshalb meinen wir: Der Muttersprachliche Unterricht ist ein wesentliches Element zur Integration der Migrantenkinder in unserer Gesellschaft.

Im Sommer 2001 forderte der Landtag NRW einstimmig in seinem Beschluss „Integrationsoffensive NRW“ den Ausbau des Muttersprachlichen Unterrichts. Dieser Gedanke wurde bekräftigt anlässlich eines Besuches von Ministerin Behler bei ihrem türkischen Amtskollegen in Ankara im Frühjahr 2002. Die Stellenstreichung widerspricht dem im

Baden-Württemberg LehrerInnenmangel an jeder zweiten Schule

GEW: Im Schuljahr 2002/2003 schlechtere Unterrichtsversorgung

STUTTGART. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) Baden-Württemberg rechnet im Gegensatz zum Kultusministerium für das Schuljahr 2002/2003 mit einer schlechteren Unterrichtsversorgung als im vergangenen Jahr. „Trotz neuer Stellen werden mehr Stunden ausfallen und die Klassen in den weiterführenden Schulen größer, da die zusätzlichen Stellen für die steigenden Schülerzahlen und pädagogische Projekte benötigt werden und nicht zu einer Entlastung an den Schulen führen“, sagte am Dienstag (3.9.) der GEW-Landesvorsitzende Rainer Dahlem. Die GEW forderte die Landesregierung auf, weitere LehrerInnen bereits im jetzt beginnenden Schuljahr einzustellen. „In Baden-Württemberg besteht auch angesichts der PISA-Ergebnisse zusätzlicher Einstellungsbedarf. Die Tatsache, dass in diesem Jahr nur rund ein Drittel aller Bewerberinnen und Bewerber eine Stelle erhalten hat, war bildungspolitisch ein fatales Signal. Bei uns meldeten sich in den vergangenen Wochen viele verunsicherte junge Menschen, die jetzt überlegen, ob sie sich von ihrem Berufsziel Lehrer beziehungsweise Lehrerin verabschieden sollen“, so Dahlem. Dahlem forderte Kultusministerin Schavan auf, sich deutlicher von den Ideen ihres Parteikollegen Günther Oettinger zu distanzieren, ab 2005 LehrerInnen-Stellen zu streichen.

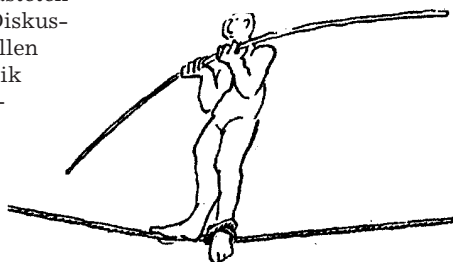
„Wer angesichts der schlechten Unterrichtsversorgung, den katastrophalen PISA-Ergebnissen und den überlasteten Lehrerinnen und Lehrern eine Diskussion über die Streichung von Stellen beginnt, hat von Bildungspolitik keine Ahnung. Wenn die Schülerinnen- und Schülerzahlen sinken, müssen frei werdende Ressourcen für dringende notwendige Reformen genutzt werden“, sagte Dahlem.

PISA-Forscher: Im Südwesten fehlen am meisten Lehrer

Im Rahmen der PISA-E-Studie ermittelten die Pisa-ForscherInnen, dass an jeder zweiten Schule im Südwesten das Lernen durch Lehrermangel beeinträchtigt wird. Die Misere betrifft vor allem den Deutschunterricht, aber auch Chemie und Physik. Die WissenschaftlerInnen stützten sich dabei auf Urteile der Schulleitungen. „Vor allem die Sonderschulen und die Beruflichen Schulen sind chronisch unterversorgt und die Einführung des Fremdsprachenunterrichts an den Grundschulen geht zu Lasten des Förderunterrichts und der Hauptschulen“, sagte Dahlem.

LehrerInnenreserve auf sechs Prozent ausbauen

Zum Ende des vergangenen Schuljahr wurden etwa 2.000 sogenannte VertragslehrerInnen arbeitslos. Die GEW kritisiert, dass viele VertragslehrerInnen über mehrere Jahre befristete Arbeitsverhältnisse erhalten, sich in den Sommerferien arbeitslos melden müssen und jedes Jahr neu auf eine feste Anstellung vertröstet werden. „Es gibt Lehrerinnen und Lehrer, die in den Sommerferien eine Aushilfstätigkeit annehmen müssen, damit sie ihre Miete bezahlen können“, sagte Dahlem. Die GEW verlangt, die ständige Lehrerreserve an allen Schularten auf sechs Prozent auszubauen und VertragslehrerInnen eine Einstellungsperspektive zu bieten. (PM, GEW)



Landtag geäußerten politischen Willen und jedem fachlich gesicherten Wissen. Das Vorhaben der Landesregierung darf nicht verwirklicht werden, denn wir können heute schon sagen: Der Abbau des Muttersprachlichen Unterrichts bedeutet eine deutliche Verschlechterung der Bildungschancen der Migranten.

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, die Ergebnisse der PISA-Studie wirklich ernst zu nehmen:

- Keine Kürzung der Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht!
- Nutzung der Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht für eine systematische Einführung von Programmen zur zweisprachigen, koordinierten Alphabetisierung und zur Koordinierung des Sprach- und Sachunterrichts in der Sekundarstufe!

Erstunterzeichner dieses Aufrufs sind:

Taner Atabek, Vorsitzender Türkischer Lehrerverein NRW e.V.; Prof. Dr. Georg Auernheimer, Seminar für Pädagogik, Universität zu Köln; Dr. Gerlind Belke, Universität Dortmund; Muhammet Balaban, Vorsitzender des Ausländerbeirates Essen; Prof. Dr. Ursula Boos-Nünning, Universität Essen; Prof. Dr. Christoph Butterwegge, Seminar für Sozialwissenschaften, Universität zu Köln; Metin Demirtürk, Vorsitzender des Ausländerbeirates Düsseldorf; Walter Haas, DGB Bezirksvorsitzender Nordrhein-Westfalen; Tayfun Keltek, Vorsitzender der LAGA NRW; Professor

Unterschriftenaktion:

Ich unterstütze die Forderungen des Aufrufs der LAGA NRW:

- PISA ernst nehmen!
- Die Muttersprache für das Erlernen der deutschen Sprache nutzen!
- Keine Kürzung der Stellen für den Muttersprachlichen Unterricht!

Name, Vorname ...

Straße, PLZ, Wohnort ...

Unterschrift ...

Bitte bis 30.11.2002 senden an:

**Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen NRW (LAGA NRW), Helmholtzstr. 28, 40215 Düsseldorf,
Tel.: 0211 / 994160, info@laga-nrw.de**

Dr. Klaus Klemm, Universität Essen; Spyros Kostadimas, Landesvorstand GEW NRW, Landesvorsitzender LAMP; Franz Legewie, Grundschulrektor, Köln; Walter Möller, Vorsitzender des Landesverbandes der Volkshochschulen von NRW; Hayati Önel, Vorsitzender Türkisch-Deutscher Unternehmerverband NRW; Prof. Dr. Faruk Sen, Direktor des Zentrums für Türkeistudien, Essen; Metin Sirin, Vorsitzender des Ausländerbeirates Köln; Dr. Jürgen Schmitter, Vorsitzender Gewerkschaft Erziehung Wissenschaft Nordrhein-Westfalen; Dr. Jörg Steinhausen, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege NRW

Hamburg

Schulbehörde zwischen Dilettantismus und Größenwahn

HAMBURG. Die Führungsspitze unserer Schulbehörde liefert wieder einmal Paradebeispiele, wie Glaubwürdigkeit verspielt wird und die Arbeit in den Schulen auf einen Tiefpunkt gebracht werden kann.

Senator Lange übt sich im Herumtricksen mit Zahlen. In der Presseerklärung der BBS vom 11.9.02 erklärte er zum wiederholten Mal, beim Lehrerstellenplan werde nicht gestrichen. Gleichzeitig sollen nach offizieller Planung die am Anfang des Schuljahres 2002/2003 ausgewiesenen 13 974 Stellen auf 13.600 gesenkt werden. Erst im Jahr 2005 sollen wieder 13.900 Stellen erreicht werden. Schon in der Grundschule wird gelernt, dass bei dieser Rechnung ein Minus verbleibt, nämlich von 74 Stellen. Obwohl die Schülerzahlen bis dahin um 6.000 steigen, durch Schulzeitverkürzung (Abi in 12 Jahren) und Neueinrichtung von Ganztagschulen ein erhöhter Lehrerberdarf entsteht, werden nach bisherigen Plänen definitiv Stellen gekürzt.

Genauso plump ist das Täuschungsmanöver bei der Arbeitszeit der Lehrer. Im behördeninternen Arbeitspapier steht wörtlich: „Die Lehrerarbeitszeitkommission soll im Rahmen einer Effizienzsteigerung und zur Bedarfsdeckung einen signifikanten Beitrag an ersparten Lehrerstellen erarbeiten.“ Diese klare

Zielbestimmung wird wiederum in der Presseerklärung der BSB vom 11.09.02 geleugnet. Es gehe nicht um Einsparung von LehrerInnenstellen, sondern um die Analyse der zeitlichen Dimensionen der Lehrerarbeitszeit und ein „gerechtes Lehrerarbeitszeitmodell“.

Aber Senator Lange wird es nicht gelingen, die LehrerInnen, Eltern und SchülerInnen für dumm zu verkaufen. Das Hamburger Bildungsbündnis fordert, dass für mehr SchülerInnen mehr

LehrerInnen eingestellt werden, der Mehrbedarf berücksichtigt wird und die Stundenverpflichtung der LehrerInnen gesenkt wird. Nur so kann eine gute Unterrichtsqualität erreicht werden. Nach den Berechnungen der GEW entsteht bis zum Jahr 2005 ein Mehrbedarf von 1000 LehrerInnenstellen.

Größenwahn und Dilettantismus offenbart sich bei der Ankündigung der Umstrukturierungspläne für die Berufsschulen. Soll die jahrelange Reformarbeit, wie erneuerte Ausbildungsordnungen umzusetzen und neue Lernformen zu erproben, zerstört werden? Im Eilverfahren bis zum 15. Dezember zu überprüfen, ob für 48 Berufsschulen, 3000 Lehrer und 55.000 SchülerInnen eine völlig neue Struktur und Herauslösung aus der staatlichen Aufsicht sinnvoll ist, grenzt an Größenwahn. Um sinnvolle, von den Beteiligten getragene Veränderungen in einem differenzierten System zu erreichen, ist dieses dilettantische Vorgehen der falsche Weg. Die Vorsitzende der GEW Dr. Stephanie Odenwald sagt dazu: „Offensichtlich ist das Ziel, für die berufsbildenden Schulen den Ausstieg aus dem staatlichen Bildungssystem durchzudrücken. Nach den Vorstellungen der Handelskammer soll die durch Steuergelder finanzierte berufliche Bildung durch ein Institut der Wirtschaft geführt werden.“

In dessen Regie soll dann die Bildung der zukünftigen Arbeitnehmer liegen. Die staatliche Aufsicht soll sich auf „Gestaltungsvorgaben“ beschränken. Das halten wir für einen Verstoß gegen geltende Gesetze und mit einem demokratischen Bildungsauftrag unvereinbar. Für die berufliche Bildung gilt ebenso die staatliche Verantwortung wie für Bildungswege hin zum Abitur. In den berufsbildenden Schulen wird nicht nur auf das Arbeitsleben vorbereitet, sondern die Jugendlichen erwerben auch Kompetenzen für ihr persönliches Leben und Teilhabe an der Gesellschaft. Diese Aufgabe darf nicht den Arbeitgebern überlassen werden.“

Ilona Wilhelm, Pressesprecherin der GEW, Landesverband Hamburg



Gegenwärtig organisieren die Elternräte verschiedener Schule in den Stadtteilen eine Reihe von Protestaktionen gegen die Bildungspolitik, z.B. die Besetzung von Straßenkreuzungen oder kleine Demonstrationen. Der Elternrat der Gesamtschule Walddörfer veröffentlichte dazu folgendes Flugblatt:

Sport, Spiel, Sparmaßnahmen – ohne uns!

„Sparsenator“ Lange hat auf der Veranstaltung vom 2.9.02 (Schulforum) keine Antworten auf sehr konkrete Fragen gegeben, dafür aber als „Highlight“ seiner so genannten „Schulreform“ die Einführung der 3. Sportstunde in den Vordergrund gerückt. Auf Fragen zur Umsetzung (fehlende Lehrkräfte, Sportstätten etc.) hat er ernsthaft dazu aufgefordert, „kreativ“ zu sein und z.B. öffentliches Gelände zu nutzen.

Diesen „Vorschlag“ greift der Elternrat der GWA auf: Schülerinnen, Schüler, Lehrerinnen, Lehrer und Eltern treffen sich zur „kreativen Sportstunde“ am 17.9. um 16.00 Uhr auf dem Rathausmarkt.

Mit Beginn dieses Schuljahres haben wir Eltern der Gesamtschule Walddörfer in Volksdorf erste Erfahrungen mit der Umsetzung der Sparbeschlüsse des Hamburger Senates gemacht. An unserer Schule bedeutet das unter anderem:

- Im Jahrgang 6 wurden bisher in Mathematik und Englisch in jeweils 2 Unterrichtsstunden in der Woche die Klassen in Halbgruppen geteilt. Vor beginnender Fachleistungsdifferenzierung in 7 war es so möglich, die SchülerInnen differenzierter in der Entwicklung ihrer Leistungsfähigkeit zu unterstützen. Diese Teilung ist jetzt nur noch in einer Stunde möglich.

- Beim differenzierten Unterricht in den Jahrgängen 7-10 wurden weniger Lerngruppen eingerichtet bzw. Lerngruppen in höheren Jahrgängen zusammengelegt. In Jahrgang 8 ist ein Deutschkurs mit 34 Schülern besetzt! In den Naturwissenschaften (Chemie, Physik, Bio) finden mehrere Kurse mit über 30 Schülern statt, die Fachräume sind für 24 Schüler ausgestattet und haben nur 24 Arbeitsplätze!

- Der Jahrgang 11 wird von 85 Schülern besucht. Hier konnten statt der vorgesehenen 4 nur 3 Klassen eingerichtet werden. 28 bzw. 29 Schüler pro Klasse in der Studienstufe ist sowohl für Schüler wie für Lehrkräfte eine Zumutung!

Diese Beispiele zeigen: Die Sparmaßnahmen richten sich vor allem gegen die Schulform Gesamtschule. Die übermäßigen Kürzungen bei den Gesamtschulen im Verhältnis zu anderen Schulen bestätigen dies.

Wir fordern die Rücknahme der Kürzungen

Wir wollen die 2883 Lehrerwochenstunden zurückhaben

Elternrat der Gesamtschule Walddörfer

Verbesserung des Aufenthaltsstatus: KÖLN. Die PDS-Ratsmitglieder Senol und Detjen stellten am 23.9.2002 folgenden Antrag: „Der Rat der Stadt Köln beschließt: „Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie und mit welchen Mitteln in Köln lebende Migrantinnen und Migranten gezielt darauf aufmerksam gemacht werden, durch entsprechende Anträge das Niederlassungsrecht/Aufenthaltserlaubnis vor der Einführung des Zuwanderungsgesetzes erwirken zu können. Durch eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit kann auch die Arbeitsbelastung der Stadtverwaltung besser verteilt werden. Außerdem werden nach dem Gemeindefinanzierungsgesetz NRW große Anteile des Kommunalen Haushaltes durch einwohnerbezogene Zuweisungen (Stichtag 31.12.) gedeckt. Der Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen wird über den weiteren Gang unterrichtet.“

Begründung: Nach dem neuen Zuwanderungsgesetz, das am 1. Januar 2003 in Kraft treten soll, wird es nur noch eine befristete Aufenthaltserlaubnis und eine Niederlassungserlaubnis (Daueraufenthaltstatus) geben. So erhalten ausländische Staatsangehörige mit einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis oder einer Aufenthaltsberechtigung eine Niederlassungserlaubnis. Gleichzeitig werden die Voraussetzungen für die Erteilung eines Daueraufenthaltes verändert. Wichtig ist daher, bereits vor Inkrafttreten des neuen Zuwanderungsgesetzes aktiv zu werden! Dazu ist es erforderlich, bereits jetzt einen Antrag auf unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu stellen, um bei Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes die gesetzlichen Voraussetzungen zur Erteilung einer Niederlassungserlaubnis zum Stichtag 1.1.2003 geschaffen und damit erfüllt zu haben. Um eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis noch vor dem 1.1.2003 – also bis zum 31.12.2002 – zu erlangen, muss der Antragsteller bzw. die Antragstellerin folgende Voraussetzungen erfüllen: 1. seit fünf (5) Jahren im Besitz einer Aufenthaltserlaubnis, 2. eine Arbeitsberechtigung haben und/oder 3. die Erlaubnis für die dauernde Ausübung einer Erwerbstätigkeit besitzen, 4. sich auf einfache Art mündlich (nicht schriftlich!) in deutscher Sprache verständigen können (keine Tests erforderlich – dem Sachbearbeiter, der den Antrag entgegennimmt, müssen einfache Fragen aus dem Antrag beantwortet werden können) und schließlich 5. über ausreichenden Wohnraum verfügen.“

www.pds-koeln.de

Weniger Geld für Städtepartnerschaften: BERLIN. Die Europäische Kommission beabsichtigt, das Budget des EU-Städtepartnerschaftsfonds für das Jahr 2003 drastisch zu kürzen. Der vor kurzem vorgelegte Ansatz für das

Haushaltsjahr 2003 sieht eine Kürzung der Mittel um mehr als 40 % vor. Statt wie im Vorjahr 12 Mio. Euro sollen jetzt nur noch 7 Mio. Euro zur Verfügung stehen. www.rgrgre.de

Deutscher Landkreistag zu Hartz-Plänen: ZINGST. In seiner Sitzung im Ostseeheilbad Zingst (Landkreis Nordvorpommern) bemängelte das höchste Entscheidungsgremium der Dachorganisation aller 323 deutschen Landkreise am 13.09.2002 insbesondere, dass * kommunale Leistungen des Sozial- und Jugendamtes, des Wohnungsamtes sowie der Schuldner- und Suchtberatung bei den zu JobCentern umgestalteten Arbeitsämtern angesiedelt werden sollen, * nach Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe die Arbeitsämter für Erwerbsfähige und die Kommunen nur noch für Nichterwerbsfähige zuständig sein sollen. * von unmittelbaren Einspareffekten durch die Hartz-Vorschläge bei den Kommunen keine Rede sein kann, im Gegenteil: den Kommunen sogar mehr Belastungen drohen.

Die Arbeitsämter würden Beratungs- und Gestaltungsfunktionen für kommunale Aufgaben erhalten, ohne selbst die Verantwortung und Finanzierung dafür übernehmen zu müssen. Dazu DLT-Präsident Endlein: „Müssen die Landkreise ihre sozialen Aufgaben in die bundeszentral gesteuerten Arbeitsämter einbringen, verlieren sie die Handlungsfreiheit für eine eigenständige und eigenverantwortliche Aufgabenerfüllung. Langzeitarbeitslosigkeit wirkt sich in vielfältiger Weise nachteilig in der Kommune aus, was diese zum Handeln veranlasst. Problemlagen dieser Art können am besten mit den Handlungsoptionen einer Kommune angegangen werden. Einem bundeszentral gesteuerten Behördenapparat mangelt es dazu an Flexibilität und politischen Strategien.“

www.landkreistag.de

Bürgerstiftungen: GÜTERSLOH. Inzwischen gibt es in Deutschland über 40 Bürgerstiftungen, die nach dem Vorbild der US-amerikanischen „Community Foundations“ von gegründet wurden. Die Bertelsmann Stiftung und die amerikanische Charles Stewart Mott Foundation werden mehr als eine Million Euro investieren, um den Erfahrungsaustausch zwischen europäischen und nordamerikanischen Bürgerstiftungen weiter auszubauen. Das 1999 von beiden gegründete „Transatlantische Netzwerk Bürgerstiftungen“ hat jetzt zwölf neue Bürgerstiftungen aufgenommen. Dem Netzwerk gehören damit 46 Bürgerstiftungen aus 14 Ländern an. (Aus Deutschland: Gütersloh, Hamburg, Hannover und Landkreis Fürstentumbrück.) www.bertelsmann-stiftung.de
Zusammenstellung: baf

Gruppenarbeit in der Montage vor dem Ende?

In der IG-Metall-Betriebszeitung für die Beschäftigten von Daimler-Chrysler Stuttgart findet sich ein interessanter Artikel über die Entwicklung der Arbeitsorganisation in der Großindustrie. Die einst als Ablösung des Fordismus gelobte Gruppenarbeit, die den Beschäftigten mehr Spielräume, Selbstbestimmung usw. bringen sollte, scheint auf den Bereich komplizierter Facharbeit beschränkt zu bleiben; im Bereich der einfacheren Arbeiten, z.B. der Montage, geht der Trend wieder zu traditioneller Arbeitsorganisation.

Anfang bis Mitte der 90er Jahre wurde mit viel Engagement die Einführung der Gruppenarbeit im Werk 10 betrieben. Ein knappes Jahrzehnt später lässt sich aus heutiger Sicht die Situation pauschal zusammenfassen: In der Fertigung ist Gruppenarbeit die Form der Arbeitsorganisation. Bei der Güte in der Umsetzung reicht die Bandbreite von armselig bis supertoll. Der Durchschnitt liegt in einem guten Mittelfeld.

In den Montagen gibt es ebenfalls das eine oder andere Highlight. Die Gesamtbilanz allerdings ist ernüchternd. In ihrer Mehrzahl nämlich sind die Montagen

über unmotivierte und damit kraftlose Einführungsversuche nicht hinausgekommen. Die wenigen Kostenstellen, die bereits weiter waren, fielen zurück in die Arbeitsteilung. Ganzheitliche Aufgabenumfänge, Rotation, Integration indirekter Aufgaben, Qualifizierung, Selbststeuerung und Organisation der Gruppe – meistens Etikettenschwindel oder Fehlanzeige. Die Gründe dafür sind vielschichtig. Der Hauptgrund ist, dass durch rigide Kostenvorgaben am Produkt und den Anlagen die Planer letztlich keinen Spielraum mehr haben, gruppenarbeitsförderliche Arbeitssysteme aufzuplanen. Viele KollegInnen spüren das, wenn sie nach Auslauf ihres Produktes in einen Neubereich kommen. Von Seiten der Arbeitsorganisation nämlich wird es dort nicht besser, sondern es findet ein erlebbarer Rückschritt statt.

Bekannteste Beispiele sind die KollegInnen aus M111, die heute im NRM arbeiten, oder die KollegInnen aus dem GLGetriebe, die heute im NSG beschäftigt sind.

Was ist dann mit den Erholzeiten?

Die prinzipielle Anrechnung dieser „Steinkühler-Pause“ wurde 1993 erstmals vereinbart. Damit wurde unter anderem die Produktion der V-Motoren am Standort Untertürkheim „erkauft“ und damit die Sicherung der Arbeitsplätze. Es war dies aber auch die Phase als die Gruppenarbeit von Firmenseite noch mit Engagement vorangetrieben wurde. Die



damalige Formel lautete: Verbesserung und Weiterentwicklung der Arbeitsorganisation führt zu wirtschaftlicheren Arbeitsplätzen und humaneren Arbeitsbedingungen, in deren Folge die Reduzierung von Erholzeitpausen durch bessere Arbeitsbedingungen ausgeglichen werden sollte.

Seit längerem gibt es eine Debatte darüber, wohin sich die Gruppenarbeit in den Montagen hinentwickelt. Dazu wurden vier Kostenstellen exemplarisch aus gesucht und untersucht.

Sichtbar wurde dabei – hier verdichtet abgehandelt – was die KollegInnen in ihrem täglichen Erleben feststellen: Je neuer ein Arbeitssystem, desto problematischer steht es um die Gruppenarbeit. Über dieses Ergebnis wird im Oktober im Kreis Werkleitung, Centerleitung und Betriebsrat zu reden sein.

Wie wird der Herbst?

Unsere Position dabei ist klar: Wenn die Fortschritte in der Arbeitsorganisation in der Montage wieder rückgängig gemacht werden, wird das zwangsläufig Auswirkungen auf den Umfang der Erholzeiten haben. Wir werden in diesem Thema dranbleiben, weiterarbeiten und aktuell berichten.

Betriebliche Gesundheitspolitik

Auch dieser Artikel im *Scheibenwischer* beschäftigt sich mit Problemen der Arbeitsorganisation.

Für uns Betriebsräte war es immer schon das oberste Ziel, die Betroffenen, die Kolleginnen und Kollegen in den Abteilungen, zu Wort kommen zu lassen. Sie wissen, was die Arbeit beschwerlich macht, welche Umwelteinflüsse die Gesundheit beeinträchtigen und was man dagegen tun kann. In der Schaltgetriebe-Montage in Hedelfingen wurde der Abteilungsleiter, Herr Klumb, im Frühjahr durch einen in der Tat, ziemlich hohen Krankenstand aufgeschreckt. Für ihn sind das natürlich auch Kosten. In einer Regelkommunikation hat er dies auch bestätigt, indem er die 100000ende Euro vorrechnete, die ihn die Krankheit in der Montage jährlich kostet. Andererseits klagen die Kollegen schon seit Jahren über eine Vielzahl krankmachender Themen in der Montage. In einer eilends einberufenen Runde wurde als erste Maßnahme ein Gesundheitszirkel beschlossen.

Gesundheitszirkel heißt, dass externe Moderatoren, in diesem Fall von der AOK, mit Beschäftigten ohne Führungskräfte zusammensitzen, um die Probleme zu sammeln und Lösungsvorschläge zu

entwickeln. Ich halte dies für eine gute Sache. Es entspricht unserem Prinzip, die Betroffenen zu Wort kommen zu lassen. Anfang August wurde der Abschlussbericht des Gesundheitszirkels vorgestellt. Die Stimmung der Kollegen war allerdings keineswegs euphorisch. Sie war eher gedrückt und skeptisch.

Ein paar Themen und Vorschläge des Zirkels wurden von den Führungskräften positiv aufgenommen und eine Umsetzung veranlasst. So wurden die Pausen nach den Wünschen der Kollegen gestaltet, zur klimatischen Verbesserung der Hallentemperatur wurde in bessere Belüftungsanlagen investiert, das Hautschutthema wird weiter verfolgt, und wer möchte, kann in Zukunft Tee trinken. Sehr viel schwieriger war es dagegen mit Themen wie Führung, Stress, Rationalisierung und Lohn. Schnelle Lösungen lassen sich, zum Beispiel beim Umgang mit Menschen, nicht erreichen und erst recht nicht per Arbeitsanweisung diktieren. Entscheidender ist das allgemeine Klima, wobei es sehr mühsam ist, verloren gegangenes Vertrauen wieder zurück zu gewinnen. Wenig aufmunternd ist es auch, wenn den Kollegen bei jeder Gelegenheit gesagt wird, Rationalisierung müsse sein, das liege in der betriebswirt-

schaftlichen Logik. Wurden die Erwartungen erfüllt? Niemand hat erwartet, dass sich die Welt nach diesem Zirkel in die andere Richtung dreht.

Mir ist deutlich geworden, solange es beispielsweise um Luftverhältnisse, Hebehilfen, Werkzeugkonstruktionen oder andere Umgebungseinflüsse geht, dann ist auch eine hohe Umsetzungsrate sicher. Sobald es sich aber um Themen wie den Umgang miteinander (Führungskräfte eingeschlossen), Stress durch Stückzahlabhängigkeit, Arbeitsplatzunsicherheit, oder Rationalisierung dreht, sinken die Chancen rapide. Trotzdem halte ich es für richtig, Gesundheitszirkel zu machen. Weil dadurch in erster Linie die betroffenen Kolleginnen und Kollegen ihre Meinung sagen können.

Allerdings ist damit das Thema Gesundheitspolitik für den Betriebsrat noch lange nicht erledigt. Wie das Beispiel Schaltgetriebe-Montage zeigt, müssen wir auch danach immer wieder den Finger auf die wunden Stellen legen. Müssen wir weiterhin den Interessen der Beschäftigten Gehör verschaffen. Mit Betriebswirtschaft alleine lässt sich kein Produkt dieser Welt herstellen. Die Menschen sind unersetzlich.

Roland Schäfer, IG Metall-Betriebsrat

BDA-Chef Hundt legte Konzept zur Entfesselung des Arbeitsmarktes vor

Kombilohn ohne Subvention

Nicht weniger als die Abschaffung des bestehenden und die Durchsetzung einer „komplett neuen Arbeitsmarktverfassung“ hat sich die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) mit ihrem Konzept einer „Reform des deutschen Arbeitsmarktes“ auf die Fahnen geschrieben. „Wir entfesseln den Arbeitsmarkt“ lautet die großspurige Botschaft der Initiative BDA-pro-job.de, die BDA-Präsident Dieter Hundt am Donnerstag in Berlin vorstellte. Hoch steckt der BDA auch die eigenen Ansprüche: Das Konzept markiere den „arbeitsmarktpolitischen Kompass“ für künftige Regierungsarbeit und das „Pflichtenheft für mehr Beschäftigungsdynamik“, prahlte Hundt.

Unter Bemühung der üblichen Begriffskeulen Flexibilisierung, Deregulierung und Entbürokratisierung predigt die Initiative forcierten Sozialabbau bei gleichzeitiger Ausweitung von Unternehmerrechten. Im Zentrum der „Reform“ stehe eine Neufassung des Arbeitsrechtes. Zum Abschuss freigeben will der BDA vor allem den allgemeinen Kündigungsschutz. Dieser solle nur noch in Betrieben mit mehr als 20 Arbeitneh-

mern und bei Arbeitsverhältnissen, die länger als zwei Jahre bestehen, Geltung haben. Nicht weniger als einen Persilschein zum Feuern, je nach Ertrags- und Auftragslage, schwebt dem BDA mit der rechtlichen Option vor, „Arbeitsverhältnisse gegen Zahlung einer Abfindung vom Arbeitsgericht auflösen zu lassen“.

Deregulieren will der BDA weiterhin mittels Ausgestaltung von „Zeitarbeit zu einem normalen Arbeitsverhältnis“. Zeitarbeiter sollten künftig vorbehaltlos bis zu drei Jahre in einem Betrieb einsetzbar sein. Ferner sollten „Langzeitarbeitskonten“ mittels Überwindung „bürokratischer Hürden“ zu einem relevanten Standortvorteil Deutschlands ausgebaut werden. Des weiteren tritt der BDA für eine „moderne Betriebsverfassung“ ein, bei der „betriebliche Mitbestimmung entbürokratisiert und beschleunigt wird, und die Betriebspartner selbst die Möglichkeiten einer betriebsnahen Anpassung ihrer eigenen Verfassung nutzen“. Als einen „üblen Rückschritt“ brandmarkte Hundt in diesem Zusammenhang die von der Bundesregierung unlängst beschlossene Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes.

Nach dem „Leitbild des aktivierenden Sozialstaates“ rückt der BDA freilich auch den sozialen Sicherungssystemen auf den Pelz. Unter der Losung „keine Leistung ohne Gegenleistung“ forderte



Hundt die verpflichtende „Annahme zumutbarer Beschäftigung“. Die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes solle auf bis zu „zwölf Monate konzentriert und ab dem sechsten Monat degressiv gestaltet werden“. Zum guten Ton jedes „ökonomischen Vordenkers“ gehört selbstredend auch die Forderung nach Zusammenlegung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe.

Weil sich der BDA aber gern modern gibt, nennt er diese „einheitliche Erwerbshilfe“ und schreckt auch nicht vor noch verquereren Wortungetümen zurück. Kernforderung einer echten BDA-„Sozialhilfe-reform“ ist natürlich auch ein „echter Kombilohn ohne Subventionen“.

BDA-Präsident Hundt besteht auf Kürzungen für Arbeitslose

Arbeitgeber unzufrieden mit Hartz

BERLIN. Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) will das Hartz-Konzept zur Reform des Arbeitsmarktes nur dann mittragen, wenn es bei der ursprünglich geplanten Kürzung der Arbeitslosenunterstützung bleibt. „An Veränderungen im Leistungsrecht führt kein Weg vorbei“, sagte BDA-Präsident Dieter Hundt in Berlin. Die Vertreterin der Gewerkschaft Verdi in der Hartz-Kommission, Isolde Kunkel-Weber wies Hundts Vorstoß umgehend als „politische Erpressung“ zurück.

Ursprünglich hatte VW-Personalvorstand Hartz vorgeschlagen, Arbeitslosengeld und -hilfe auf jeweils zwölf Monate zu begrenzen. Gewerkschaften, Sozialpolitiker aber auch Unionskanzlerkandidat Edmund Stoiber hatten dies als sozial abgelehnt. Mittlerweile wird in der Kommission erwogen, individuelle statt kollektive Leistungskürzungen vorzusehen. Ein Arbeitsloser, der zumutbare Arbeit verweigert, müsste dann im Einzelfall mit einer Kürzung des Arbeitslosengeldes rechnen. Die Bezugsdauer von bis zu 32 Monaten bliebe aber generell unangetastet. Arbeitslosenhilfe würde wie

bisher unbegrenzt bezahlt. Hundt betonte, diese Vorschläge überzeugten ihn nicht. Offenbar sollten die „entscheidenden Säulen der ursprünglichen Hartz-Vorschläge herausgebrochen werden“. Die Kommission müsse zu ihrem mutigen, ursprünglichen Gesamtkonzept zurückfinden. Entscheidend für eine neue Arbeitsmarktverfassung sei, dass „die Fehlanreize beseitigt werden, Sozialtransfers einem neuen Job vorzuziehen“. Die Begrenzung der langen Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes sei dabei ein zentrales Element. Auf Ablehnung des Arbeitgeberpräsidenten stieß auch die geplante Veränderung der Zumutbarkeitskriterien. Die von Hartz vorgeschlagenen Regelungen fielen hinter das geltende Recht zurück. Von einer angeblichen Verschärfung könne keine Rede sein. Auch den Vorschlag eines „faktisch erleichterten Vorruhestands ab 55“ lehnte Hundt ab. Zugleich warnte er davor, in Job-Centern und Personalserviceagenturen einen „allumfassenden Problemlöser“ auf dem Arbeitsmarkt zu sehen. Die Vorschläge zu den Job-Centern arteten zunehmend in eine „Rundum-Versorgung“ aus. Wichtig sei dagegen die Rückbesinnung auf Kernaufgaben. Dagegen begrüßte der Arbeitgeberpräsident den Vorschlag, die Grenze für Mini-Jobs auf 500 Euro heraufzusetzen, die Erweiterung der Zeitarbeit und die Umkehr der Beweislast bei der



Zumutbarkeit. „Die positiven Punkte reichen aber nicht aus“, sagte der BDA-Chef.

Verdi-Bundesvorstand Kunkel-Weber warf Hundt daraufhin Unterstützung des Wahlkampfs von Edmund Stoiber vor. Die Hartz-Kommission wolle nach gründlicher Diskussion einen „möglichst breiten Konsens“ finden, betonte die Gewerkschafterin. „Herrn Hundt und den Arbeitgebern geht es offensichtlich aber nicht um Problemlösungen, sondern um das knallharte Durchsetzen von Unternehmerinteressen“. Zustimmung für Hundt kam dagegen von CSU-Landesgruppenchef Michael Glos und FDP-Fraktionsvize Rainer Brüderle. *svb*

Dringender Reformbedarf bei der Pflege

In Hamburg führte der Deutsche Evangelische Verband für Altenarbeit und ambulante pflegerische Dienste (DEVAP) zusammen mit dem Diakonischen Werk, einem der großen Träger von u.a. Pflegeeinrichtungen, am 11.9. ein Fachsymposium zum Thema „Das Pflegeheim – ein Auslaufmodell?!“ mit über 200 Teilnehmern durch. Zu ähnlichen Veranstaltungen und zur Bildung von Arbeitsgruppen zu diesem Thema kam es in den letzten Monaten auch in anderen Städten. Grund ist, dass die Situation behinderter, psychisch kranker und pflegebedürftiger Menschen in Heimen außerordentlich besorgniserregend ist. Bundesweit sind nach einem Bericht des Forums für pflegebedürftige Menschen etwa 85% der Pflegeheimbewohner unterernährt, weil das Personal nicht genug Zeit hat, beim Essen zu helfen, oder weil die Nahrung für sie nicht geeignet ist. Jeder Dritte leidet an Austrocknung, weil zu wenig Flüssigkeit verabreicht wird. Statt persönlicher Zuwendung erhalten unruhige Patienten starke Psychopharmaka. An menschenwürdige Sterbebegleitung ist nicht zu denken. Im letzten Jahr hat sogar der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte die Zustände in Pflegeheimen in Deutschland kritisiert und die Bundesregierung aufgefordert, die Situation der Patientinnen und Patienten zu verbessern.

Die aktuelle Auseinandersetzung über die Zukunft des Versorgungssystems Heime wurde durch die Forschungsarbeitsgemeinschaft (FAG) „Menschen in Heimen“ der Universität Bielefeld angestoßen. 20 Wissenschaftler unterzeichneten einen Aufruf, schon im letzten Jahr, in dem sie den Deutschen Bundestag aufforderten, in der neuen Legislaturperiode eine Heim-Enquetekommission einzurichten. In diesem Aufruf, den wir im Folgenden in weiten Auszügen dokumentieren, stellen sie das Heimsystem in seiner jetzigen Form grundsätzlich in Frage. Man müsse sich, so begründete Klaus Dörner von der FAG den Anspruch, der „unendlichen, unmöglichen, aber eigentlich demokratischen Überforderung aussetzen müssen, die Gesellschaft vom Schwächsten her, also von unten herauf zu denken“.

Aufforderung an die Fraktionen des Deutschen Bundestages, eine Kommission zur „Enquete der Heime“ einzusetzen

... wir fordern den Deutschen Bundestag auf, in der nächsten Legislaturperiode eine Kommission zur „Enquete der Heime“ einzusetzen.

Die Arbeitsgemeinschaft „Menschen in Heimen“ ist eine interdisziplinäre Forschungsarbeitsgemeinschaft an der Universität Bielefeld und beschäftigt sich

seit Jahren mit der Situation von Menschen in Heimen. Die Arbeitsgruppe – und mit ihr viele andere Menschen und Organisationen, die sich mit der Heimversorgung beschäftigen – ist davon überzeugt, dass im Bereich der Versorgung und damit der Gestaltung der Lebenswelten alter, behinderter und psychisch kranker Menschen nicht nur dringender Handlungsbedarf besteht, sondern zuvor noch eine grundsätzliche Weichenstellung geboten ist.

Die damit verbundenen zentralen Fragen, die jeden Bürger betreffen und die der breitesten öffentlichen Diskussion bedürfen, erfordern einen Prozess, der durch nichts besser als durch eine Heim-Enquete des Deutschen Bundestages eingeleitet werden kann.

Wir möchten das im Folgenden genauer begründen.

I. Problematik der derzeitigen Versorgungssituation

Das Sorge-System für pflegebedürftige und behinderte Menschen in Deutschland ist gegenwärtig vor allem von zwei Entwicklungen bestimmt. Erstens bewirkt der demographische Wandel eine Zunahme des Anteils und der Anzahl Sorgebedürftiger, während zugleich veränderte Familienstrukturen und die zunehmende Singularisierung dazu führen, dass für immer mehr Hilfebedürftige die bisherigen traditionellen familiären Sorge-Netzwerke nicht mehr tragen. Und zweitens ist die Finanzierung des bisherigen Hilfesystems schon durch eine sinkende Erwerbsquote gefährdet, weshalb das Gebot der Wirtschaftlichkeit strenger als früher zu beachten ist. In Zukunft stehen demnach noch geringere Finanzmittel einem größeren Kreis von Leistungsberechtigten gegenüber.

Die meisten Hilfebedürftigen werden von ihren Angehörigen in privaten Haushalten versorgt. Zu klären wäre, ob „Mitleid mit deren oft unerträglicher Belastung“ die angemessene, interessensfreie Bewertung dafür ist. Daneben lebt 1% der deutschen Bevölkerung in Heimen: etwa 140.000 in Einrichtungen der Behindertenhilfe und 660.000 in Alten- und Pflegeheimen. Vor allem für letztere sprechen einige Heimbetreiber bereits offen von „gefährlicher Pflege“. Dabei wird die Entscheidung für eine Heimunterbringung meist in einer akuten Notsituation und aufgrund mangelnder (Kenntnis von) Sorge-Alternativen getroffen, obwohl auch bei Pflegebedürftigkeit immer mehr Menschen ein weitgehend selbstbestimmtes Leben im gewohnten Lebensumfeld wünschen. Noch vor einigen Jahrzehnten bestand für materiell deutlich schlechter ausgestattete Heime eine erheblich größere Akzeptanz. Heute kön-

nen sich 80% der Pflegebedürftigen ein Leben im Heim nicht mehr vorstellen. Trotz der formalen Beratungspflicht der Kreise und kreisfreien Städte ist für Betroffene und Angehörige die Versorgungslandschaft unübersichtlich, erfolgt die Beratung oft unvollständig, Interessenabhängig und nicht auf den konkreten Menschen bezogen. Qualitätskriterien der Versorgung sind für Außenstehende kaum transparent oder unerfüllt bleibende Absichtserklärungen. Es fehlen insbesondere integrierte Versorgungsverbünde, die eine Vernetzung zwischen dem ambulanten und dem stationären Versorgungsbereich ermöglichen. Die freie Wahl der Sorge-Alternativen ist insoweit nicht gegeben.

Hinzu kommt, dass für eine Heimunterbringung nicht nur der Grad der Pflegebedürftigkeit oder Behinderung entscheidend ist, sondern die Tragfähigkeit des sozialen Netzwerkes. Aufgrund veränderter Familienstrukturen, zunehmender Mobilität und der Vereinzelung von Menschen nimmt die Gruppe der sogenannten „modernen Pflegebedürftigen“ zu, die in ihrem Wohnumfeld kein stabiles Unterstützungsnetz haben. Für sie und auch für die Gruppe der schwerstpflegebedürftigen alten und der schwerst- und schwerstmehrfachgeschädigten behinderten Menschen bleibt häufig nur eine Unterbringung im Heim.

Das derzeitige ambulante Sorge-Angebot kann diese Entwicklung vermutlich auch in Zukunft nicht ausreichend auffangen, da es nicht ausreichend ausgestattet ist. Es gelingt nicht, die notwendigen Hilfen in die Lebenswelt der Menschen zu holen. Pflegepersonen in privaten Haushalten nehmen zudem bei Überforderung professionelle Hilfen nur zögernd in Anspruch. Dagegen steht die früher verständliche, heute aber ungute Traditionshaltung der Professionellen, dass eine Familie einen Hilfsbedürftigen entweder ganz oder gar nicht versorgen solle. Eine neue, zeitgemäß flexible Kultur, die ein Sorge-Netz aus vielen Quellen komponiert, eine Last durch Verteilung auf viele Schultern für alle tragbar macht, also eine Kultur des Sorge-Mix oder „Pfleagemix“ ist erst in Ansätzen erkennbar und bedarf zudem der massiven Ermutigung. Vorerst werden ambulante Dienste, die ihre Leistungen in Minuten-Modulen erbringen müssen, als wenig ganzheitlich und familienentlastend erfahren.

Aus all diesen Gründen kann das gesetzlich zwar festgeschriebene, aber nicht erzwingbare, nur in Festreden rituell beschworene Prinzip „ambulant vor stationär“ nicht ausreichend und adäquat greifen. So werden von den jährlich 30 Milliarden DM Eingliederungshilfe

nach dem BSHG 3% für die ambulante Sorge, aber 97% für die stationäre Eingliederungshilfe der Behindertenhilfe ausgegeben. Auch die finanziellen Leistungen der Pflegekassen haben nicht in dem gewünschten Ausmaß zur notwendigen qualitativen Weiterentwicklung des ambulanten Sorge-Bereichs geführt, obwohl dieser in den vergangenen Jahren erheblich ausgebaut wurde. Bei absoluter Zunahme der Pflegebedürftigen wachsen die Ausgaben der Pflegeversicherung für den stationären Bereich stärker als die Ausgaben für den bisher allerdings wesentlich größeren Bereich der ambulanten Versorgung. Wenn im Rahmen der Vermarktlichung des Sozialen jeder Unternehmer bei Nachweis der gesetzlichen Voraussetzungen die Genehmigung zum Betreiben eines Heims erhalten muss, wird er danach streben, möglichst viele Heimplätze zu belegen. Solange eine hinreichend professionelle Prüfung der Indikation zur Heimaufnahme ebenso wenig stattfindet wie eine hinreichend professionelle Prüfung der Heimarbeit (wie lange nämlich jemand überhaupt in einem Heim leben muss), wird die Zahl der Heimplätze weiter wachsen. Dann hat eine Gesellschaft entweder zu viel Geld fürs Soziale oder der Gesetzgeber hat es zu erzwingen, dass der Heimbetrieb nicht weiter auf Kosten der ambulanten Dienste expandiert. Er hat zu erzwingen, dass das Heimsystem – als zentrales Versorgungsangebot – nicht immer weiter wächst, sondern sich – als Teil des Sozialsystems – möglichst weitgehend zu verüberflüssigen hat, wobei im sozialen Bereich andere wirtschaftliche Kriterien als im privat-gewerblichen Bereich zu gelten haben...

Zur weiteren Begründung einige Befunde:

1. Trotz formalrechtlicher Freiwilligkeit leben die meisten Heimbewohner aufgrund fehlender Alternativen oder aufgrund fehlender Kenntnis schon vorhandener Alternativen faktisch unfreiwillig im Heim. Wären sie vollständig und wirksam aufgeklärt, würde kaum jemand von ihnen freiwillig das Heim wählen. Erprobte kommunale Alternativen gibt es aber längst nicht nur für geistig Behinderte und psychisch Kranke, sondern auch für Alzheimer-Kranke (etwa „Hausgemeinschaften“). Um eine quali-



Hamburg im Jahr 2000: Demonstration von Beschäftigten und Betroffenen

tativ bessere ambulante Versorgung sicherzustellen, ist eine Weiterentwicklung und Ausdifferenzierung des bestehenden Leistungsangebotes allerdings unbedingt erforderlich. Trotz des gesetzlichen Vorrangs der ambulanten Versorgung fehlen für Alternativen zur Heimversorgung vor allem für Menschen mit instabilen privaten Netzwerken systematische Finanzierungsregelungen.

2. Eine Unterbringung in der Institution Heim ist nicht – wie in einem Krankenhaus oder Gefängnis – zeitlich befristet, sondern tendiert auf ein lebenslangliches „open end“ und beeinträchtigt die biographische Zukunftsfähigkeit. Sie vereinigt oft alle Bedürfnisse unter einem Dach, beschneidet die anthropologische Weltoffenheit des Menschen; sie erfasst einen Menschen nicht nur hinsichtlich einer spezifischen Behinderung, sondern total; sie sortiert Menschen nach bestimmten Defizit-Merkmalen, was die Chronifizierung fördert und das Leben nach dem Grundsatz „es ist normal, verschieden zu sein“ (R. v. Weizsäcker) ver-

gilt. Insbesondere gilt dies für die 60 bis 90% psychisch kranken Menschen in Alten- und Pflegeheimen, die eine individuelle Unterstützung benötigten, jedoch in der Regel nicht erhalten. Ihre unzureichende psychiatrische Versorgung wurde bereits in der Psychiatrie-Enquete (1975) und in den sogenannten „Empfehlungen“ besonders hervorgehoben. Trotz dieser schon lange vorhandenen Erkenntnisse ist es bis heute in stationären Einrichtungen weitgehend nicht gelungen, verwirrte und desorientierte alte Menschen angemessen zu integrieren.

4. Oftmals rigide Hausordnungen symbolisieren die unvermeidlichen Einschränkungen fast aller Grundrechte, die durch das unabsehbar lange Zusammenleben vieler fremder Menschen im Heim besonders unerträglich sind. Wenn es um die Existenz der Einrichtung geht, ist es ebenso unvermeidlich, dass im Konfliktfall die Institutionszentrierung Vorrang vor der Personenzentrierung hat. In diesem Zusammenhang werden nicht selten gerichtliche Betreuungsverhältnisse,

unmöglich. Solche Gegebenheiten engen aber nicht nur die Bewohner, sondern auch das Menschenbild der Heimmitarbeiter objektiv ein, ob sie wollen oder nicht, was man ihnen deshalb auch nicht vorwerfen kann. Empirisch weisen etwa Schneekloth und Müller nach, dass Heimbewohner zu 60% ausschließlich auf Kontakte innerhalb der Institution angewiesen sind. Auch bei schwerer behinderten Kindern und Jugendlichen in Heimen ist die lebensweltliche Integration so gut wie nicht vorhanden. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben beschränkt sich oft auf seltene Angehörigenkontakte und organisierte Veranstaltungen.

3. Um sich den Bedingungen der Institution anzupassen, entwickeln Heimbewohner oft passive Verhaltensweisen. Aufgrund des besonderen Abhängigkeits- und Gewaltverhältnisses zu den Mitarbeitern leben sie in der Angst, dass Kritik zu persönlichen Nachteilen führen könnte, was noch mehr für Angehörige

auch wenn sie nicht erforderlich wären, angeregt und zur Arbeitsentlastung des Heims (Regelung schwieriger Sachverhalte wie z.B. die Finanzierung) instrumentalisiert. Die „Aneignungslogik“ der Institution ist auch von hochqualifizierten und engagierten Heimleitungen nur partiell zu beeinflussen.

5. Da der Freiraum, im Alltagsablauf individuellen Bedürfnissen der Bewohner zu folgen, in der Regel fehlt, wird deren Verhalten schnell als „unangepasst“ empfunden und mit Vernachlässigung oder „fürsorglichem Zwang“ beantwortet; notfalls wird das Problem durch Etikettierung zum „heimunfähigen Bewohner“ gelöst, eine nachdenklich stimmende Kategorie, da sie die gesellschaftliche Funktionalität des Heimsystems überhaupt in Frage stellt.

6. Über die heutigen grundsätzlichen Unzuträglichkeiten des Heims hinaus reicht der derzeitige Personalschlüssel insbesondere in stationären Einrichtungen der Altenhilfe nicht einmal aus, die Mindestpflegezeiten abzudecken, die die Pflegeversicherung als Mindestbedarf für ihre Einstufung voraussetzt. Die daraus folgende Überforderung hebt nicht nur die Fluktuationsrate und den Krankenstand der Mitarbeiter: Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe spricht von „aufgezwungenem Pflegeverzicht“, wenn Bewohner z.B. nur noch jeden zweiten Tag gewaschen werden. Die Überforderung vergrößert auch die Wahrscheinlichkeit der Vernachlässigung und Misshandlung der Bewohner. Auch dadurch sind Heime nach wie vor Orte, an denen die Grundrechte von Menschen (Bewohnern, aber auch Angehörigen und Mitarbeitern) potentiell bedroht sind.

7. Die bedarfsgerechte Versorgung dementer oder anders psychisch kranker Pflegebedürftiger in Heimen ist zusätzlich gefährdet, da die an der Grundpflege orientierten Kriterien der Pflegeversicherung den hier vorliegenden Hilfebedarf nicht oder nicht hinreichend berücksichtigen.

8. Entlassung in die häusliche Umgebung ist nicht etwa vornehmstes Ziel der Heime. Sie kommt sowohl in der Qualitätssicherungskatalogen als auch in der Wirklichkeit kaum vor – von einigen Ansätzen in der Behindertenhilfe abgesehen. Warum aber sollte sich ein Heim durch Entlassungsförderung seiner „besten“ Bewohner selbst finanziell schädigen, solange keine hinreichend professionelle Kontrolle vorgesehen ist, die die gesamte Arbeit des Heims berät und prüft, ob sie auf die Förderung und Entlassbarkeit der Bewohner hin orientiert ist? Der gesetzlich verankerte Vorrang der Rehabilitation, mit dem Ziel, die Selbstständigkeit der Bewohner so weit wie möglich wieder herzustellen, wird kaum beachtet, obwohl 80% der rehabilitationsfähigen Bewohner in Alteinrichtungen wieder in einer häuslichen Umgebung leben könnten. Hier wird der Gesetzgeber seiner Aufgabe, die Selbstän-

digkeit der Menschen zu fördern, nicht gerecht...

II. Perspektiven der Versorgung

Die Zahl der Heimplätze wird in den nächsten Jahren kontinuierlich steigen. Eigene Hochrechnungen ergeben, dass bei gleichbleibender Inanspruchnahme im Jahr 2015 über 960.000 Menschen in Heimen leben werden. Die größte Altersgruppe werden Menschen mit über 80 (570.000) und über 85 Jahren (400.000) bilden. Diese Berechnungen beziehen nur die demographischen Veränderungen mit ein. Noch nicht berücksichtigt ist, dass die Verweildauer verkürzt werden der Krankenhäuser bei Älteren – aber wohl auch bei psychisch Kranken – zu einem weiteren Anstieg der Heimaufnahmen führen wird. Der medizinische Fortschritt hat es möglich gemacht, dass die Lebenserwartung behinderter Menschen gestiegen ist. Durch die Nazi-„Euthanasie“-Mordaktionen wurde eine ganze Generation behinderter Menschen nahezu „ausgelöscht“. Erst in den nächsten Jahren wird die Zahl der altgewordenen Behinderten in der Bundesrepublik sich der anderer Länder angleichen.

Bis zum Jahr 2015 wird außerdem die Zahl der Drei- und Mehr-Personenhaushalte abnehmen. Der Anteil der Ein- und Zwei-Personenhaushalte wird dann bei 70,3% liegen. Das sind 1.455.000 Haushalte mehr als im Jahr 2000. Es werden also mehr ältere und behinderte Menschen allein leben, das Sorgepotential der Familien wird entsprechend abnehmen. In Zukunft werden noch mehr Menschen als bisher – bei gleichbleibender Schlechterstellung der ambulanten Sorgestrukturen – auf die Versorgung in einem Heim angewiesen sein.

Schließlich führt dieselbe demographische Entwicklung zu einem Absinken der Erwerbsquote, was zu geringeren Einnahmen für die finanzielle Form unserer Sorge-Solidarität für Ältere und Behinderte führt. Erst ein Einwanderungssaldo von 200.000 Menschen jährlich, die alle in den Arbeitsmarkt integriert werden müssten, würde zu einer wenigstens leichten Steigerung der Erwerbsquote führen. Bei gleichbleibender Finanzierungspolitik müssten in Zukunft also mehr Hilfebedürftige mit weniger Geld versorgt werden, was angesichts der heute schon vorhandenen Unterversorgung kaum denkbar erscheint. Die Zukunftsbewältigung kann daher nur gelingen, wenn für diese wichtigen Fragen neue Antworten gefunden werden.

III. Notwendige politische Konsequenzen

Die gesellschaftliche Aufgabe der Heime bestand darin, hilfebedürftige Menschen aufzufangen, deren Selbstversorgungspotentiale für einen Verbleib in der unveränderten häuslichen Umgebung nicht ausreichen. Anstatt die häusliche Versorgung mit den notwendigen personellen und technischen Hilfen anzureichern,

schuf man ein Heimsystem. Diese anfangs erfolgreiche totale Entlastung der Familien, Freunde, Nachbarschaft, Kommunen und nicht zuletzt auch des eigenen Selbsthilfepotentials der Hilfebedürftigen steht heute vor dem historischen Aus. Das Heimsystem ist ein Auslaufmodell. Es scheitert zumindest in der bisherigen Konzeption sowohl an der Bezahlbarkeit als auch an dem unabwiesbaren Anspruch der Selbsthilfebewegung behinderter und alter Menschen, das Leben weitestgehend selbst zu gestalten, was unter den Bedingungen des Heims nicht möglich ist.

- Die vom Gesetzgeber geforderte Beachtung der Persönlichkeitsrechte von Heimbewohnern und die Ökonomisierung des Hilfs- und Pflegemarktes schließen sich aus. Im Bereich der Sorge für Andere hat die Geltung der Marktgesetze Grenzen. Es ist schon nicht möglich, bei gedeckelten finanziellen Leistungen in allen Heimen in gebotener Maße individuelle Bedürfnisse zu berücksichtigen. Es sind nicht einmal Mindeststandards zu garantieren, und die ursprünglich gewollte Rationalisierung wird zur Rationierung, wobei das institutionelle Interesse nach reibungslosem Versorgungsablauf Vorrang beansprucht. Der Mangel oder die Unkenntnis ambulant-kommunaler Hilfs-Mix-Alternativen führen dazu, dass die in der Regel faktisch unfreiwillig in Heimen wohnenden Menschen sich dem institutionell Vorgegebenen nur unterordnen können. Vollends absurd ist es, dass die Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung es umsichtigen privaten oder gemeinnützigen Unternehmen erlaubt, beliebig viele Hilfebedürftige als Kunden für beliebig viele Heime zu akquirieren, ohne dass die alternativlose Erforderlichkeit hinreichend professionell festgestellt ist.

- Solange Hilfebedürftige nicht Auftraggeber der Helfer als ihrer persönlichen Assistenten, etwa nach dem „Arbeitgebermodell“ oder nach dem Modell der „Assistenzgenossenschaft“, sein können, besteht in der Organisation stationärer (natürlich auch ambulanter, aber hier leichter kontrollierbarer) Einrichtungen grundsätzlich ein Widerspruch zwischen Träger- und Bewohnerinteressen. Die Träger müssen im Konfliktfall der Sorge für das Wohl der Institution Priorität einräumen. Die Summe aller individuellen Interessen der Bewohner kann dem Interesse der Institution gar nicht entsprechen, vor allem wenn man von dem Grundbedürfnis jedes Menschen ausgeht, für einen Anderen da zu sein, notwendig zu sein, Bedeutung haben zu wollen. Das Leben in einem Heim, in dem das gesamte Leben – zumeist – unter einem Dach organisiert ist, erzwingt Personalisierungsdefizite, so dass z.B. eine Landesärztekammer immer noch meint, ärztliche Eingriffe erforderten hier keine Aufklärung und Einwilligung.

- Es wird dem Gesetzgeber nicht möglich sein, durch Zuerkennung heute

selbstverständlicher Persönlichkeitsrechte das Leben im Heim nennenswert zu beeinflussen, da die institutionellen Strukturen ihre Umsetzbarkeit verunmöglichen, auch bei bester Personalausstattung. Heimbeiräte ohne Mitbestimmungsrecht machen die Diskrepanz nur noch deutlicher. Würden trotzdem alle Bewohner (möchten Sie so, auf diese Funktion eingeengt, bezeichnet werden?) ihre individuellen Rechte einklagen, käme es zu einem Zusammenbruch des Heimsystems, da sich diese Rechte nicht für alle gleichzeitig realisieren lassen.

Heime stehen in der Tradition der großen Anstalten des 19. Jahrhunderts, sie sind im 20. Jahrhundert immerhin überwiegend schon kleinteiliger und dezentraler geworden. Im 21. Jahrhundert entsprechen sie weder in verfassungsrechtlicher noch in moralisch-politischer, noch in ökonomischer Perspektive den selbstverständlichen Gegebenheiten heutiger Lebenswelten, schon gar nicht dem Anspruch eines möglichst selbstbestimmten Lebens. Heime sind daher heute keine angemessene Problemlösung mehr für hilfebedürftige Menschen, ein wie großer Restbestand an Heimkapazität für eine kürzere oder längere Zeit auch immer erforderlich sein wird. Daher muss unter Berücksichtigung sowohl der Grundrechte als auch der versorgungspolitischen, ökonomischen und gesellschaftlichen Ressourcen das Heimsystem durch ein ambulant-kommunales Sorge-System ersetzt bzw. dieses zum Grundmodell entwickelt werden. Nur so können die Hilfebedürftigen ihr weiterhin zu garantierendes „Recht auf Sicherheit“ – im Sinne ihres Selbstbestimmungswunsches – durch ein gleichgewichtiges komplementäres „Recht auf Risiko“ ergänzen, denn ohne Risiko kann ein behindertes wie nicht-behindertes Leben kein freies sein. Nur so kann den Menschen Würde in dem Sinne wiedergegeben werden, dass sie nicht mehr überflüssig, sondern notwendig für Andere sind. Auch das gilt für alle Menschen, „care-giver“ und „care-taker“ oder besser für Menschen mit kleinerem und größerem Sorge-Bedarf; denn für den Menschen als soziales, als Beziehungswesen gilt, dass ein Leben ohne (wie immer auf alle Schultern gerecht verteilte) Last auch kein großes Gewicht hat. Die Verteilung der Lasten des gesellschaftlichen Hilfebedarfs kann so für alle erträglich bleiben: eben als Hilfe- oder Sorge-Mix. Diese Diskussion und ihre politischen Konsequenzen setzen eine Willensbildung auf einer möglichst breiten gesellschaftlichen Basis voraus. Wir benötigen eine Neubewertung der Frage, welche Sorge-Angebote der gewandelten Mentalität der hilfsbedürftigen und aller Menschen entsprechen und von ihnen und allen am ehesten akzeptiert werden.

IV. Aufforderung an den Deutschen Bundestag: „Enquete der Heime“

Wenn eine demokratisch verfasste Ge-

sellschaft die Verteilung ihrer sozialen Lasten nach moralischen Kriterien unter dem Gebot der Gerechtigkeit und damit glaubwürdig regeln will, dann hat sie bei den Bedürftigsten, bei den „Letzten“ anzufangen. Da dies bei uns vor allem die Heimbewohner sind, haben wir mit ihnen zu beginnen. Weil deren Situation schon jetzt schwer erträglich bis unerträglich ist und sich dies zukünftig quantitativ wie qualitativ nur zuspitzen kann, haben wir keine Zeit mehr zu verlieren.

Um das bisherige Heimsystem auf den Prüfstand zu stellen, es mit dem Scheinwerferkegel größtmöglicher Öffentlichkeit auszuleuchten, es im Rahmen sämtlicher materieller, sozialer und moralischer Ressourcen zu diskutieren und gegebenenfalls einen Prozess der Deinstitutionalisierung, des Umbaus des Heimsystems zugunsten von community care zumindest einzuläuten: Dafür kennt unser Gemeinwesen kein vornehmeres und wirksameres Mittel als eine Bundestags-Enquete. Diese könnte mit einem gesellschaftlichen Umbauprozess der jetzigen Heimversorgung freilich nur beginnen, da er, wenn er verantwortbar erfolgen soll, von nur säkular zu nennender Dauer sein muss. Das Ende des Prozesses dürfen wir heute noch nicht kennen. Eine solche Enquete hätte zunächst die einzelnen Elemente der professionellen stationären und ambulanten Sorge-Angebote abzuklopfen und zu flexibilisieren. Darüber hinaus sind nicht nur neue Angebotsformen weiterzuentwickeln, sondern auch das trotz allem wohl auch weiterhin tragfähigste Sorge-Potential der familiären Netzwerke zukunftsfähig zu machen sowie das zunehmende bürgerschaftliche Engagement zu stärken. Gerade auch über diesen Weg können Schritte auf eine Bürgergesellschaft hin erkennbar werden, in der das Zusammenleben von Schwächeren und Stärkeren als Recht und Chance begriffen und für jeden konkreten Einzelfall als Sorge-Mix und damit als Teilhabe der jeweils Anderen (ohne Behinderung ihrer sonstigen gesund-egoistischen Interessen, jedoch mit Zuwachs an Lebensbedeutung) flexibel realisiert wird. Insofern wäre eine Heim-Enquete die logische Fortschreibung früherer Enqueten, von der Psychiatrie-Enquete von 1972 bis zu der jetzigen Enquete zum bürgerschaftlichen Engagement.

Wir bitten die Fraktionen des Deutschen Bundestages, unsere Überlegungen zu prüfen und in die nächste Legislaturperiode mit der Einsetzung einer Heim-Enquete zu starten.

Für die Forschungsarbeitsgemeinschaft „Menschen in Heimen“ an der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld

Gez. Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Dr. Elisabeth Hopfmüller, MPH Beate Röttger-Liepmann (es folgende weitere Unterzeichner

Leseempfehlung:

Mythos Wehrmacht – Nachkriegsdebatten und Traditionspflege

Unter diesem Titel erschienen Ende 2001 im Aufbau Verlag drei Studien von Detlef Bald, Johannes Klotz und Wolfram Wette. Die drei Historiker haben sich durch zahlreiche Arbeiten auf diesem Gebiet einen Namen gemacht: Bald als wissenschaftlicher Direktor für den Bereich „Militär und Gesellschaft“ am Institut der Bundeswehr, Klotz als Publizist und Wette als Mitarbeiter des Militärgeschichtlichen Forschungsamts in Freiburg.

DETLEF BALDS Beitrag beschäftigt sich mit der Gründung und Entwicklung der Bundeswehr. Bald zeigt auf, wie stark der Einfluß der Traditionen der Wehrmacht und Reichswehr bei ihrer Gründung war. Die Kenntnis vom antiliberalen, antiparlamentarischen und antirepublikanischen Autoritarismus der Wehrmacht voraussetzend, beginnt er bei den Versuchen der Wehrmachtsführung 1945, einen Widerspruch zwischen Militär und NS-Staat zu konstruieren und über das Lob des „heldenhaften“ und „ehrenvollen“ Kampfes die Legende von der „sauberen Wehrmacht“ in die Welt zu setzen. Er beschreibt, wie es den Generalen und Offizieren der Wehrmacht nach dem Krieg sogar gelingt, dieses Bild zu festigen und darüber hinaus die angebliche Professionalität der Kriegführung gegen die Sowjetunion in den Vordergrund zu stellen, um so eine symbiotische Verknüpfung des „Ostfeldzugs“ mit dem Kalten Krieg zu erreichen. Damit waren entscheidende Voraussetzungen dafür gegeben, dass sich die alte Wehrmachtsgeneralität bei der Gründung der Bundeswehr in den wesentlichen Punkten gegen die Reformen um Graf Baudouin durchsetzen konnte. Mit viel Detailwissen beschreibt Bald ausführlich diese Auseinandersetzung, die sich wie ein roter Faden durch die Geschichte der Bundeswehr in der alten BRD zieht. Für Uneingeweihte ist dabei oft verblüffend, mit welch offen militaristischen und antidemokratischen Haltungen den Ideen der inneren Führung und des Staatsbürgers in Uniform sowie den sozialdemokratischen Reformen der 70er Jahre aus den Reihen der Bundeswehroffiziere und Generale entgegen wurde. Vor dem „verhängnisvollen Konzept“ dieser Reformen warnend, die in den Augen der Traditionalisten die Bundeswehr zu einer Friedensarmee verkommen ließen, setzten sie die Forderung nach einem Selbstverständnis der Bundeswehr als „Kampf-, Schicksals- und Notgemeinschaft“ (Schnez-Studie) entgegen, deren Werte durch „spezifisch soldatische Normen“ wie Effizienz und Kampfeswille geprägt sein müßten. Bald beschreibt, wie die Traditionalisten durch die „geistig-moralische Wende“

nach 1982 schließlich wieder offen die Oberhand gewannen. Seine Darstellung endet mit der Schilderung von Tendenzen der 90-er Jahre, die Bundeswehr wieder stärker von der Gesellschaft abzukoppeln und den Krieg als eigentliches Wesen ihrer Tätigkeit zu propagieren. Es gilt nicht länger: „Der Friede ist der Ernstfall“ (Heinemann), sondern „Der Krieg ist der Ernstfall“.

Auch WETTES Beitrag beschäftigt sich mit der Gründung der Bundeswehr, jedoch unter besonderer Berücksichtigung der Personalpolitik. Er verweist auf die tiefe Diskrepanz zwischen den offiziellen Richtlinien zur Auswahl der Offiziere sowie den proklamierten Ansprüchen bezüglich ihrer moralischen und politischen Integrität einerseits und der personellen Kontinuität zur Wehrmacht andererseits. Wette schildert das System, mit dem es gelang, die Bundeswehr mehrheitlich aus Wehrmachtsoffizieren aufzubauen und die Machenschaften und Dreistigkeiten der entsprechenden Untersuchungsausschüsse, die es zum Beispiel ermöglichten, dass jemand der erste Generalinspekteur der Bundeswehr werden konnte, der 1940–44 als Chef der Operationsabteilung des Obersten Heereskommandos (OKH) an der Leitung des Vernichtungsfeldzugs gegen die Sowjetunion beteiligt war.

In diesem Zusammenhang untersucht Wette auch die Sichtweisen der verschiedenen politischen Strömungen auf die Schlacht von Stalingrad. Dabei geht es ihm offensichtlich darum, den gesellschaftlichen Konsens aufzuzeigen, in dem die Wiederbewaffnung erfolgen konnte. Wette kommt dabei zu dem Schluß, dass die wehrmachtsapologetischen Sichtweisen, die die Gesamtverantwortung auf den „Dämon“ Hitler hin kanalisieren oder sie beim „Schicksal“ abluden, die westdeutsche Erinnerung jahrzehntelang prägen.

Balds und Wettes Beitrag sind weit mehr als historische Anmerkungen. Indem sie die Kontinuität des deutschen Militarismus und seiner Ideale aufzeigen, zerstören sie das heutzutage weit verbreitete Bild von der Bundeswehr als Friedenstruppe. Um es in der Sprache der Militärs zu sagen: Ihre Beiträge sind in höchstem Maße wehrkraftzersetzend.

Dieser Umstand mag es sein, der die *Süddeutsche Zeitung* zu einem gehässigen Verriß der beiden Beiträge bewogen hat. Jedenfalls könnten die von Bald und Wette geschilderten Fakten eine Zeitung, die mit moralisch und ethisch hochtrabenden Ansprüchen den Angriff der Bundeswehr auf Jugoslawien gefordert hat, ganz schön ins Schwitzen bringen.

Der Beitrag von KLOTZ beschäftigt sich mit der Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ und ihrer Überarbeitung. Er sieht die Brisanz dieser Ausstellung darin, dass erstmalig der Vernichtungscharakter des Krieges einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht worden sei. „Der Jedermann

wurde in Verantwortung genommen ... Das Ungeheuerliche lag in der öffentlichen Aufdeckung der Legende von der ‚sauberen Wehrmacht‘ ... Die deutsche Wehrmacht zählte mehr als 18 Millionen Soldaten. Fast jede Familie war also in irgendeiner Weise in dieses ungeheuerliche Verbrechen involviert.“ Durch diese Fakten seien jedoch nicht nur die Wehrmachtslegende angegriffen worden, sondern auch Werteordnung, nationale Identität und politische Traditionen, die durch den Mythos verdeckt worden waren. Dies habe den entschiedenen Widerstand der Rechten hervorgerufen, der, so Klotz, schließlich in München eskalierte. Ausführlich schildert er die Auseinandersetzungen im Münchner Stadtrat, in denen die Reaktion (CSU und BFB) gegen die Ausstellung Sturm lief. Hier hat Klotz sehr genau beobachtet: weder verißt er die politische Situation in München, als die Ausstellung im Stadtrat eröffnet wurde, noch beschränkt er den Blick auf das Rathaus. So zitiert er nicht nur Manfred Brunner, sondern auch den *Bayernkurier*, der vor der „Linken“ (also den Ausstellungsmachern) warnte, sie würde „daran arbeiten, die Strafmaßnahmen von Nürnberg gegen Deutschland noch zu verschärfen und einen moralischen Vernichtungsfeldzug gegen das deutsche Volk zu führen.“

Über die Aufnahme der „demagogischen“ (CDU Bremen) Ausstellung bei den Unionsparteien, Vertriebenen-, Soldaten- und Traditionsverbänden schlägt Klotz den Bogen zum Zusammenhang zwischen der Wehrmachtsdebatte und der „neuen Bundeswehr“. Diesen läßt er den Generalinspekteur Klaus Naumann formulieren: „Wir haben infolge unseres Verhaftetseins aus geschichtlicher Erfahrung in einem Versöhnungs- und Friedenspathos Probleme, uns mit der legitimen Anwendung von Gegengewalt auseinanderzusetzen ... Solange wir diesen Widerspruch nicht auflösen und uns zu militärischer Machtanwendung bekennen, werden wir im zusammenwachsenden Europa eine untergeordnete Rolle spielen, werden Politik- und Handlungsfähigkeit verlieren.“ (Naumann, 1992, Vorlage zu den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“) Die Ausstellung wurde zum Politikum, so Klotz, weil sie den eingeschlagenen militärpolitischen Weg der Berliner Republik zur „Normalität“ gefährden könnte.

Klotz beschreibt, wie diese Auseinandersetzung von Leserbriefspalten über FAZ-Leitartikel bis hin zu Bundestagsdebatten geführt und schließlich durch den Fälschungsverdacht gekrönt wurde. In der ernsthaften Auseinandersetzung mit diesen Vorwürfen findet Klotz seine Ansicht bestätigt, dass die Ausstellung immer dem Stand der historischen Forschung entsprochen hat. Dies zeige auch der Bericht der 1999 eingesetzten Historiker-Kommission, dessen Inhalt und seine Aufnahme in der Presse Klotz kritisch darstellt. Obwohl das 2001 erschienene

Buch noch keine Kritik der überarbeiteten Ausstellung enthält, scheint es mir in Anbetracht ihrer Eröffnung am 11. Oktober und des am 12.10. geplanten Nazi-aufmarsches sinnvoll, sich die Auseinandersetzung um die Ausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht“ und die damit verbundenen Kräftekonstellationen nochmals in Erinnerung zu rufen. Rätselhaft bleibt mir auch nach der zweiten Durchsicht der drei Beiträge, wie der Rezensent der SZ Bald und Wette verreißen, Klotz aber loben kann. Sicher redet Klotz seltener von der Bundeswehr und öfter über die Wehrmacht als seine Kollegen, aber der inhärente Zusammenhang dieser beiden Militärorganisationen wird von allen dreien immer wieder kritisch dargelegt. Ein ganz ausgezeichnetes Buch.

fb, *Münchner Lokalberichte*

Detlef Bald, Johannes Klotz, Wolfram Wette, Mythos Wehrmacht – Nachkriegsdebatten und Traditionspflege. Mit einem Geleitwort von Manfred Messerschmidt, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 2001, ISBN 3-7466-8072-7, 8,50 Euro

Veranstaltungsbericht

Reisen in das Land der Kriege

Erlebnisse eins Fremden in Jugoslawien

Leise ist die Berichterstattung über die Lage auf dem Balkan geworden. Mit lauten Kriegstrommeln hatte die hiesige Propaganda den militärischen Einsatz der Nato-Truppen begleitet. Nachdem die europäischen Kapitale großer und kleiner Provenienz die Pfründe unter sich aufgeteilt haben, wird nun in aller Stille und Heimlichkeit das Raubgut verteilt. Nur wenn es Streit unter den Gaumnern gibt, hört man es dann und wann in der Presse raunen.

Aber es gibt noch einige Leute, die mit diesem Zustand nicht zufrieden sind, und sich auf eigene Faust ihre Informationen besorgen. Damit halten sie dann nicht hinter dem Berg, sondern sagen öffentlich, was in der Region so getrieben wird. Um dieses zu unterstützen, hatte die PDS München Kurt Köpruner eingeladen, der über seine Erlebnisse auf dem Balkan geschrieben hat und auf einer Veranstaltung auch darüber berichtete. Im Folgenden ein Bericht von dieser Veranstaltung aus den Münchner Lokalberichten.

Am 11. September fand eine Lesung und Diskussion mit Kurt Köpruner, dem Autor des Buches „Reisen in das Land der Kriege“ statt. Die Basisorganisation Linkes Forum der PDS München hatte dazu eingeladen. Über 40 Leute waren gekommen, um Köpruners Reiseberichte und Ausführungen zuzuhören. Köpruner war früher Landessekretär des Österreichi-

schen Gewerkschaftsbundes in Vorarlberg, als Mitglied der Sozialdemokratischen Partei Österreichs bekleidete er auch eine Reihe politischer Funktionen.

Vor dreizehn Jahren übersiedelte er nach Deutschland, wo er eine Firma gründete und leitete im Bereich der internationalen Beschaffung von Maschinenbauteilen. Diese Tätigkeit führte ihn häufig in verschiedene Regionen des früheren Jugoslawien. Vielfältige geschäftliche und private Kontakte ließen ihn den Zerfall Jugoslawiens intensiv miterleben und insbesondere die große Diskrepanz zwischen dem, was er selbst vor Ort und Stelle erlebte, und dem, wie in Deutschland und Österreich darüber berichtet und – darauf aufbauend – Politik gemacht wurde, veranlasste ihn schließlich, seine Eindrücke niederzuschreiben.

Zu Beginn äußerst Köpruner sich erfreut, bei dieser PDS-Gruppe ein Forum gefunden zu haben, das diesen Abend ermöglicht, er selbst ist parteipolitisch ungebunden. Jugoslawien, so wie wir es aus den 80er Jahren kennen, existiert seit zehn Jahren nicht mehr. Man hört nichts mehr davon. Es sei notwendig, sich darüber Gedanken zu machen. Das Signifikante sei, dass die Geschehnisse um und in Jugoslawien beispielhaft für andere Konflikte sind. Der Zerfall Jugoslawiens war eine Premiere in der Weltgemeinschaft – nicht zum Wohle der Menschheit. Das Wissen, was tatsächlich passiert ist, ist sehr gering. Das Unwissen hat einen Grund: Noch nie haben so wenige so viele belogen. Köpruner zitiert dazu einen, seines Erachtens unverdächtigen Zeugen, nämlich Willi Wimmer, seines Zeichens CDU, der dazu geäußert hat: „Wir wurden gnadenlos hinters Licht geführt“.

Köpruner erinnert uns in diesem Zusammenhang nochmals an die Zeit zu Beginn der 90er Jahre, als der Sieg über den Bolschewismus allgemein hohe Erwartungen über eine Zukunft in einer friedlichen Welt auslöste und stellte dem die Lage Jugoslawiens gegenüber. Einerseits sind Grenzen wegegefallen, andererseits wurden neue Grenzen gezogen. Das ehemalige Jugoslawien besteht heute aus 5, 6 oder 7 Staaten. Diese Grenzen sind mit dem Blut Hunderttausender gezogen worden. In den hiesigen Medien heißt es, diese neuen Staaten befänden sich auf den Weg in eine demokratische Zukunft. Diese Aussage sei jedoch mehr als zynisch. Der Mehrheit der Menschen geht es erheblich schlechter als im ehemaligen Jugoslawien. Ganze Landstriche sind entvölkert, es gibt zu wenig Arbeit und keine Hoffnung – massenhafte Auswan-



Durch Nato-Bomben zerstörte Brücke in Nis.

derung ist das Resultat.

Anfang 1991, Jugoslawien war noch ein Staat hat er Dinge erlebt, die der hiesigen Presse, „die Serben walzen alles nieder“, widersprechen.

Mit großer Überzeugungskraft liest er, was er aufgezeichnet hat, was er dort selber erlebt und in vielfältigen geschäftlichen und privaten Kontakten erfahren hat. Es entspricht in keinsten Weise den amtlichen Darstellungen von der Krise auf dem Balkan. Beängstigende Berichte, z.B. über die „Dalmatinische Kristallnacht“ am 2. Mai 1991, bei der in einer zehnstündigen Aktion im Zentrum von Zadar und in der näheren Umgebung insgesamt 116 serbische Geschäftslokale und Wohnhäuser zerstört wurden. Oder den unmenschlichen Versuch, Menschen die seit Jahrzehnten miteinander verheiratet, verschwägert, verbrüdet sind, in Rassen einzuteilen. Oder die Segnungen westlicher Befriedungspolitik in Bosnien.

Dies alles konnten wir in der deutschen Presse nicht lesen. Vielmehr war die aufhetzerische Rede vom „Völkergefängnis Jugoslawien“, vom „großserbischen Zwangsstaat“ und „Panzerkommunismus“. Wer aber damals unvoreingenommen nach Kroatien reiste, konnte sehen, dass es sich um einen undemokratischen Staat handelte, der Minderheiten verfolgte, Lehrer entließ, Leute wurden aus ihrer Wohnung geschmissen, die kyrillische Schreibweise verboten, Straßen nach Ustacha-Helden benannt. Genau diesen Staat hat Deutschland als erstes anerkannt und damit Jugoslawien zerstört. Dies widerspricht allen Regeln des Völkerrechts – einem demokratischen außenstehenden Staat obliegt es, sich neutral zu verhalten, mäßigend einzuwirken. Die Anerkennung Sloweniens und Kroatiens hat eine Kettenreaktion ausgelöst – eine Kette von Kriegen. Der Slowenien-Krieg hatte 67 Tote gefordert. Der Kroatien-Krieg hat zehntausende Todesopfer gefordert und hunderttausende Vertriebene. Köpruner wies daraufhin, dass man schon Anfang der 90er diese Entwicklung hätte absehen können

und nannte auch UNO-Sekretäre, die dies getan haben, ohne allerdings Gehör zu finden.

Um Jugoslawien zu überfallen, wurde Belgrad des Völkermords bezichtigt. Es wurde ein mediales Trommelfeuer eröffnet mit gigantischen Flüchtlingszahlen ohne Klarheit zu schaffen, wer vor wem und warum flüchtet, mit Märchen über angebliche KZs.

Köpruner erinnert uns an die Reden Außenminister Fischer, der die Notwendigkeit der Intervention mit humanitären Gründen rechtfertigte. Die Hauptanklagepunkte gegen Ju-

goslawien lauteten: Ausrottungspolitik, Genozid, ethnische Vertreibungen. Obwohl in regierungsamtslichen Dokumenten bekannt war, dass dies nicht zutraf.

Köpruner, verwies auch auf die Tatsache, dass im Ergebnis des Nato-Krieges gegen Jugoslawien gerade der Kosovo immer mehr einem ethnisch gesäuberten Gebiet gleiche und merkte die Absurdität an, dass die von dort vertriebenen Roma nun nach Serbien abgeschoben werden sollen, zu den angeblich so gefährlichen Sozialchauvinisten.

Wenn Bundeskanzler Gerhard Schröder sagt, wir führen keinen Krieg gegen die Serben, so ist das mehr als schamlos. Dazu Köpruner: „Wer Bomben wirft, nimmt bekanntlich in Kauf, dass dabei Menschen getötet werden. Man könnte auch sagen, dass dies neben der Zerstörung militärischer Einrichtungen ihr eigentlicher Zweck ist. Der Abwurf von Bomben kommt also der Verhängung eines Todesurteils gleich: Der Angeklagte ist schuldig – das Urteil wird sofort vollstreckt.“ Da war z.B. die Bombardierung der Brücke von Vavarin ein ziviles Objekt weitab von jeglichen militärischen Einrichtungen. Dieser Angriff kostete zehn Menschen das Leben und forderte viele Verletzte. Köpruner zitiert Sir John Rose, der feststellte, dass der Krieg auch auf zivile Objekte erweitert werden muss.

Diese Opfer von Vavarin klagen heute gegen die Bundesregierung – stellvertretend für all jene die ihr Leben oder ihre Unversehrtheit in diesem Überfall verloren. Unsere Solidarität ist gefragt, um zumindest im nachhinein der Wahrheit über das Leid, dass man den Menschen in Ex-Jugoslawien zugefügt hat, ans Licht zu verhelfen.

Alles hat in diesem Krieg eine Rolle gespielt, nur nicht die Humanität. Köpruner will Misstrauen schüren gegenüber den Reden der Herrschenden, dass wir selber nachprüfen, was uns erzählt wird, zumindest nicht alles glauben.

Köpruner schließt mit dem Satz:

Friede erscheint uns heute als ein Wort von einem anderen Stern. gb

3. Oktober, Fulda: *Arbeitsausschuss des Forums kommunistischer Arbeitsgemeinschaft.* 11.00 Uhr Tagesordnung: 1. Allgemeine Aussprache: Bundestagswahlen, PDS etc. 2. Satzungsentwurf: Weiteres Verfahren 3. Jahreshauptversammlung des Forums 4. Politische Berichte: Vertriebszahlen, weitere Schwerpunkte 5. Finanzen

11.-12. Oktober, Marburg: *Euro-Kapitalismus und Dritter Weg.* Universität Marburg, FB Gesellschaftswissenschaften, Wilhelm-Röpke-Str. 6 B, Veranstaltung von WISSEN-Transfer und der Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaft, u.a. mit Hans-Jürgen Bieling (Marburg), John Grahl (London), Jörg Hufschmidt (Bremen), Kees van der Peijl (Amsterdam/Lancaster), Leo Panitch (Toronto), Frank Deppe (Marburg), Infos/Anmeldung: www.wissenstransfer.info buerowissenstransfer.info

12./13. Oktober 2002, Gera: *PDS-Parteitag.* Die 1. Tagung des 8. Parteitag der PDS findet am Samstag, den 12. Oktober, und am Sonntag, den 13. Oktober 2002, in Gera statt. Tagesordnung u.a.: Die Aufgaben der PDS nach der Wahl zum 15. Deutschen Bundestag, Wahl des Parteivorstandes der PDS, Wahlen der Bundesschiedskommission der PDS, der Bundesfinanzrevisionskommission der PDS und der Statutenkommission.

16./17. Oktober, Brüssel: *Sozialpolitik in Europa* – Perspektiven für eine Europäische Gewerkschaftsbewegung. Europäisches Parlament, Rue Wiertz, Raum ASP (Altiero Spinelli Building) 1 G 3, B-1047 Brüssel. Internationale Veranstaltung des Forum Soziales Europa in Zusammenarbeit mit der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament mit GewerkschafterInnen aus Deutschland, Frankreich, Italien, Spanien u.a. Anmeldung: Klaus Dräger, eMail: kdraeger@europarl.eu.int, fax: 0032-2-2841758 Klaus Dräger

18. Oktober, Niedersachsen: Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen

30./31. Oktober, Berlin: *Globalisierung oder Gerechtigkeit?* Berlin, Hotel Schweizer Hof. Jahrestagung der Otto Brenner Stiftung der IG Metall über die politischen Herausforderungen der Gegenwart, u.a. mit Susan George, Michael Blank, Noreena Hertz, Friedhelm Hengsbach, Barbara Schulte, Klaus Zwickel, Barbara Stolterfoht, Marin Kannegiesser, Ulrike Holler, Kari Tapiola, Volker Obenauer, Dirk Mahler, Erich Klemm, Ursula Weidenfeld, Ursula Engelen-Kefer, Gregor Gysi, Karl Kardinal Lehmann, Edzard Reuter, Thomas Leif, Klaus Lang. Das detaillierte Programm und online-Anmeldung über: www.otto-brenner-stiftung.de. eMail: obs@igmetall.de www.otto-brenner-stiftung.de

7.-10. November, Florenz: *Nein zu Sozialabbau, Rassismus und Krieg.* Für ein Europa des Friedens, der Demokratie, der sozialen Gerechtigkeit und der Völkerverständigung. Eine andere Welt ist möglich. Ein anderes Europa auch! Eine neue Bewegung beunruhigt Regierende und Finanzmanager in Europa. Es ist die Protestbewegung gegen den Abbau sozialer, demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, gegen Krieg und Rassismus. Im März demonstrierten Hunderttausende in Barcelona „Gegen das Europa des Kapitals und des Krieges“. Im selben Monat demonstrierten Millionen Menschen in Rom gegen Berlusconi und für Gewerkschaftsrechte. In Frankreich gingen nach dem Wahlerfolg von Le Pen faschistischer Front National Milli-

onen auf die Straße. Im Juni setzten sich die spanischen Gewerkschaften mit einem Generalstreik gegen den Abbau von sozialen Rechten zur Wehr. Mit der Demonstration in Berlin gegen die Kriegspolitik des US-Präsidenten im Mai und der Streikwelle im Sommer diesen Jahres nehmen die Proteste auch in Deutschland Form an.

Diese europäische Protestbewegung ist Teil der weltweiten Bewegung gegen die Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung und gegen die Unterwerfung der Welt unter die Profitlogik der Konzerne.

Nach dem Weltsozialforum in Porto Alegre/Brasilien Anfang dieses Jahres schafft nun das Europäische Sozialforum der europaweiten Bewegung eine Plattform zur Diskussion und Artikulation ihrer Forderungen. Nationale und kulturelle Vielfalt einerseits und ein gemeinsames politisches Ziel andererseits – nämlich ein Europa des Friedens, der Ökologie und der sozialen Gerechtigkeit – bestimmen den Charakter des Europäischen Sozialforums. Hieraus entsteht eine neue Dynamik der europaweiten Protestbewegung.

Auf Diskussionsveranstaltungen, in kulturellen Veranstaltungen, in Workshops und Seminaren lernen wir einander kennen und lernen voneinander. Es ist eine Chance, mit Aktiven der globalisierungskritischen Bewegung aus ganz Europa zusammenzukommen und Netzwerke zur Ausweitung des Widerstandes zu schaffen. Es ist eine faszinierende Möglichkeit, die kulturelle Vielfalt, den Ideenreichtum, die Lebendigkeit und Lebensfreude dieser jungen Bewegung kennenzulernen und daran teilzuhaben. Florenz, die Kulturmetropole in der Toskana bietet dazu den passenden Rahmen.

Lasst uns die Forderung „Her mit dem schönen Leben“, der wir am 14. September in Köln vielfältigen Ausdruck verleihen, über die Grenzen unseres Landes nach Florenz tragen!

Dieser Aufruf wird von einer Reihe Organisationen, Initiativen und Einzelpersonen unterstützt, darunter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Link zum Deutschen Sozial Forum (dsf): www.dsf-gsf.org

10.-11. November, Hannover: *CDU-Bundesparteitag*, Wahl des neuen Bundesvorstandes

2. Februar 2003: Landtagswahl in Niedersachsen

2. März 2003: Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein

Die Coordination gegen BAYER-Gefahren lädt ein zur Tagung „Corporate War – Krieg, Konzerne und soziale Bewegungen“. In der ganztägigen Veranstaltung werden folgende Bereiche diskutiert:

- Analyse des „Kriegs gegen den Terror“, seiner Ziele, Folgen und Perspektiven: Wie hat er die politische Szene geprägt und verändert?
- Auswirkungen auf die demokratischen Bewegungen: Wie viel Spielraum bleibt? Wie sehr leiden Aktionsgruppen und Globalisierungskritiker unter der neuen Entwicklung?
- Historischer Abriss über den Zusammenhang von Krieg und ökonomischen Interessen, speziell die Rolle transnationaler Konzerne.
- Wie hat sich die gesetzliche und juristische Situation nach dem 11. September in Deutschland geändert?

Das Seminar richtet sich an Aktivist:innen, interessierte Laien, Journalist:innen und Gewerkschafter. Pressevertreter sind zu Gesprächen mit den Referenten herzlich eingeladen.

Anmeldung und Information:

Coordination gegen BAYER-Gefahren, Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf, e-mail: CBGnetwork@aol.com – www.CBGnetwork.org

Tel: 0211-26 11 210 **Fax:** 0211-26 11 220

Beirat: Dr. Erika Abczynski /Kinderärztin/Dormagen • Prof. Dr. Jürgen Rochlitz /Chemiker/Burgwald • Eva Bulling-Schröter /Mitglied des Bundestages/Berlin • Dr. Janis Schmelzer/Historiker/Berlin • Wolfram Esche/Rechtsanwalt/Köln • Prof. Dr. Anton Schneider/Baubiologe/Neubauern • Prof. Jürgen Junginger/Designer/Krefeld • Dorothee Sölle/Theologin/Hamburg

JETZT ANMELDEN

**JAHRESTAGUNG
2002**

**Informationen
abfordern, jetzt!**

**Corporate War®
Krieg, Konzerne und
demokratische Bewegungen**

Am Beispiel des BAYER-Konzerns.

Sind multinationale Konzerne wie BAYER noch zu stoppen?
Unsere Jahrestagung soll Mut machen zur Gegenwehr.
Konkret, faktenreich und anschaulich.

**Samstag, 23.11.2002
DÜSSELDORF**

Coordination gegen BAYER-Gefahren
Postfach 15 04 18, 40081 Düsseldorf
Fon 02 11 - 33 39 11 • Fax 02 11 - 33 39 40
e-mail: CBGnetwork@aol.com

